

Tom Stroschneider (Hrsg.): Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden. Berlin: Dietz 2019, 224 S., 12 Euro.

Mit seiner Publikation, die einen längeren Einführungstext und drei Aufsätze von Eduard Bernstein umfasst, geht Tom Stroschneider der Frage nach, wer Bernstein war. Dabei gibt er Anlass, die tradierten Bilder Bernsteins, die ihn einerseits als Verräter des Sozialismus, wie andererseits als Vordenker der reformistischen Linke zeichnen, zu überdenken. Relevanz kommt diesem Unterfangen auch dahingehend zu, dass Bernstein als ein „vergessener Theoretiker des Sozialismus“ gelten muss, wie es Thomas Meyer bereits 1977 treffend ausgedrückt hat. Beispielhaft illustriert dies ein Vorgang, in welchem 2010 bei „einer Routineüberprüfung sein Ehrengrab auf dem Friedhof an der Schöneberger Eisackstraße aberkannt“ wurde und nur durch das „Engagement sozialdemokratischer Basismitglieder“ (S. 48) gerettet werden konnte. Zwar gab es in den frühen Jahren der Bundesrepublik wissenschaftliche Bestrebungen, sein Werk kritisch zu aktualisieren, diese ließen nach 1979 allerdings spürbar nach. In der DDR galt Bernstein von Anfang an als Tabu. Auch nach der Friedlichen Revolution stellten sich keine signifikanten Änderungen ein, sieht man von einer „kleine[n] Debatte im PDS-Umfeld“ (S. 57) ab.

Bernstein wuchs Mitte des 19. Jahrhunderts in relativer ökonomischer Prekarität auf. Bedingt durch die Sozialistengesetze und sein Engagement für die Sozialdemokratie floh er 1888 ins Londoner Exil. Dort wurde er in der Formulierung Helmut Hirschs „zum Sprachrohr von Friedrich Engels, zum journalistischen Ausmünzer des nach Marxens Tod führenden Parteitheoretikers und ersten eigentlichen Marxisten“. Ende der 1890er Jahre löst er von dort den Revisionismusstreit aus, indem er eine Neuorientierung der sozialdemokratischen Partei forderte und auf Fehlprognosen von Marx' Theorie hinwies. In diesem

Kontext fehlt in Stroschnaiders Ausführung leider jeglicher Hinweis, der Bernstein auch als Wegbereiter einer anti-essentialistischen Theoriebildung kennzeichnet, wie etwa Chantal Mouffes und Ernesto Laclaus argumentieren. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1901 stellte sich langsam eine Befriedung mit der Parteilinken ein, die ihn während des Revisionismusstreits hart attackiert hatte. Rosa Luxemburg hatte zeitweise sogar seinen Parteiausschluss gefordert. 1913 stimmte Bernstein dann gemeinsam mit ihr gegen die Rüstungsvorlage. Mutmaßlich hing dies auch mit einer Verschiebung des internen Diskurses der Sozialdemokratie zusammen, der sich nun stärker um den Massenstreik bewegte. Bernstein verstarb 1932.

Bernstein wurde oft auf das Zitat reduziert, dass ihm das, was „man so gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, [...] gar nichts“ und „die Bewegung [...] alles“ (S. 70) sei. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass der erste von Bernstein in der Aufsatzsammlung enthaltene Text „Der Revisionismus in der Sozialdemokratie“ (1909) sich genau mit diesem Zitat beschäftigt. Bernstein zeigt dort Widersprüche der marxistischen Krisentheorie auf, die er mit einem unorthodoxen ‚Streben nach Wahrheit‘ begründet: „Ich würde sofort jeden Satz, den ich gegen orthodoxe Marxisten aufgestellt habe, aufgeben, wenn ich mich überzeugte, dass er mit den Tatsachen nicht oder nicht mehr übereinstimmt.“ (S. 92) Ähnliche Töne klingen auch in den anderen enthaltenen Texten – „Wie ist ein wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ (1901) und „Von der Sekte zur Partei. Die deutsche Sozialdemokratie Jetzt und Heute“ (1911) – an. Stroschneider schließt hier eine Publikationslücke: Letztgenannter Text lag bisher nur in seiner Erstausgabe von 1911 vor, die anderen beiden wurden zuletzt 1976 nachveröffentlicht. Die ausgewählten Texte geben einen guten Einblick in Bernsteins Denken. Die Lektüre wird dabei

durch erläuternde Fußnoten wie kleinere Korrekturen des Originals erleichtert.

In seiner Einführung „Bernstein: Kritische Denken in Bewegung“ arbeitet Strohschneider heraus, dass das Denken Bernsteins nur in Anbetracht der allgemeinen geistigen Situation der Sozialdemokratie zu verstehen ist. Dabei hebt er hervor, dass sie zu dieser Zeit von einem deterministischen Geschichtsbild, dem Warten auf die Revolution und einem damit zusammenhängenden Messianismus bestimmt war. Vor dieser Schablone lassen sich drei Grundvoraussetzungen des Bernsteinischen konstruktiven Sozialismus ausmachen. Erstens, kann nicht von dem Zusammenbrechen der kapitalistischen Ökonomie in absehbarer Zeit ausgegangen werden. Zweitens, ist eine sozialistische Alternative nicht durch einen aktivistischen Sprung zu erreichen. Und, drittens, muss der Selbstbestimmungsanspruch der Produzierenden ernstgenommen werden, was eine Demokratisierung impliziert, die sich auf Machtverhältnisse, Naturaneignung und den Menschen selbst bezieht (womit selbstverständlich kein autoritäres Dispositiv vom ‚neuen Menschen‘ gemeint ist). „Damit wird Demokratie zu einem ‚ihrem Wesen nach‘ sozialistischen Prinzip. Wenn sie einen Prozess der Unterordnung staatlicher unter gesellschaftlicher Macht bezeichnet, dann Sozialismus die Unterordnung ökonomischer unter gesellschaftliche Macht.“ (S. 18)

Ärgerlich ist, dass Strohschneider in seiner als Essay unterschriebenen Einführung keine genauen Angaben zu seinen Zitaten macht. Manch zitierter Autor findet sich nicht einmal in dem am Schluss angeführten Überblick über die verwendete Literatur. So etwa im Falle des amerikanischen Wissenschaftlers Erik Olin Wright, dessen sozialistisches Forschungsprogramm Strohschneider als eine Verdichtung und Fortführung von Bernsteins Theorie sieht. Auch auf weiterführende Literaturempfehlungen wurde komplett verzichtet. Anders als es die Kapitelüber-

schriften suggerieren folgt Strohschneiders Einführung keiner klaren Struktur. Oftmals springt er zwischen historischem Hintergrundwissen, theoretischen wie tagespolitischen Erwägungen und biographischen Passagen. Hat man sich jedoch erst einmal auf seinen sprunghaften Stil eingelassen, bekommt man nichtsdestotrotz einen Einblick in das Leben und Denken Bernsteins. Sein theoretischer Ansatz, der sich gegen erstarrte und präfigurierte Denkstrukturen richtete, bietet nämlich auch für heutige Problemlagen einige Anknüpfungspunkte.

Simon Clemens

Andreas Petersen: Die Moskauer. Wie das Stalintrauma die DDR prägte, S. Fischer Verlag: Frankfurt 2019, 264 S., 24 Euro.

Kein Kommunist in der DDR hat so freimütig wie Robert Havemann bekannt, er sei Stalinist gewesen. Immerhin hatte er Stalins Roter Armee seine Befreiung als Todeskandidat aus dem Zuchthaus Brandenburg-Goerden zu verdanken. Dennoch wundert sich Bernd Florath, Herausgeber der Anmerkungen zu Robert Havemann (Göttingen 2016), über seine Begründung von 1953, „die auch er bis in die groteske Personalisierung steigerte, dass er Stalin sein Leben verdanke“. Dafür feierte er ihn sogar (wie fast wortgleich Jürgen Kuczynski) als „größten Wissenschaftler unserer Zeit“. Florath erklärt sich das damit, dass ihm „die Realität sowjetischer Verhältnisse vollkommen unbekannt war.“

Das Gleiche mag von anderen Lobrednern Stalins wie Ernst Bloch, Stephan Hermlin und sogar Anna Seghers gelten, die ihm ihre Erzählung „Die Linie“ (1949) zum 70. Geburtstag widmete. Alle drei waren als „Westemigranten“ in die DDR zurückgekehrt und kannten Stalins Terror allenfalls vom Hörensagen, aus geschönten Berichten wie Lion Feuchtwangers Moskau 1937 oder verteidigten ihn gar – wie Hein-

rich Mann – als revolutionäre Notwendigkeit. Zu dem fänden die Deutschen, heißt es in Manns Memoiren (1946), „keinen Zugang, ihnen bleibt nur übrig, die Revolution für verurteilt zu halten, weil einige Abgewichene sie büßen müssen“. Einige Abgewichene? Von 68 führenden Funktionären, die in die Sowjetunion emigriert waren, wurden 48 im „Großen Terror“ ermordet, nur 1 400 von 4 600 deutschen Kommunisten im Moskauer Exil kehrten bei Kriegsende zurück, viele von ihnen aus dem Gulag.

Besser als die Westemigranten und die aus deutschen Lagern und Zuchthäusern befreiten Kommunisten mussten das die zurückgekehrten „Moskauer“ wissen, die Andreas Petersen in seinem gleichnamigen Buch als Stalins dennoch Getreue vorstellt. Sie hatten nicht nur Kenntnis, sondern viele von ihnen auch Angehörige, Freunde und Genossen unter den Opfern von Stalins Terror und im Gulag. Aber sie schwiegen – von den Sowjets und der eigenen Partei vergattert – bis zum Ende der DDR, die sie nach Stalins System und Vorgaben in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands errichtet hatten. Sie konnten sich dabei auch auf 3 200 in der Sowjetunion umgeschulte deutsche Antifa-Schüler und ihre Lehrer stützen. Einer von ihnen, Hermann Matern, Lehrer an der Zentralen Antifa-Schule in Krasnogorsk und als Mitglied der eingeflogenen „Gruppe Ackermann“ im Mai 1945 Erster Sekretär der KPD in Sachsen, ab 1950 im Politbüro der SED und Vizepräsident der Volkskammer, brüstete sich 1950: „Wir alle wollen gute und erste Schüler Stalins sein, und wir werden keine Anstrengungen scheuen, Stalinisten zu werden.“

Mit Erfolg! Zu ihren Anstrengungen zählte die Umgestaltung der SED zur stalinistischen „Partei neuen Typus“, die Verdrängung der Westemigranten und der im Land – im Konzentrationslager und in der Illegalität – verbliebenen Kommunisten aus Leitungsfunktionen, die Auflösung der Antifaschistischen Ausschüsse

der ersten Stunde und der VVN, die Vorbereitung eines deutschen – von Stalins Antisemitismus inspirierten – Slansky-Prozesses gegen Paul Merker, Franz Dählem und Gerhard Eisler, die Kanonisierung des „Kurzen Lehrgangs“ (der Geschichte der KPdSU (B)), die Dekretierung des „Sozialistischen Realismus“, vom eigentlichen Personenkult nicht zu sprechen, wenn Stalins Namen die hauptstädtische Magistrale und eine neuerbaute Industriestadt gewidmet wurde. Nur wenige parteitreue Heimkehrer, die selbst als Opfer stalinistischer Verfolgung überlebt hatten, durften und wollten daran mitwirken wie der Präsident der DDR-Bauakademie Kurt Liebke, ein Neffe Karl Liebke (was ihn nicht vor Folter und erpresstem Geständnis als „Spion“, aber vor der Liquidierung bewahrt haben mag).

Es war also der Stalinkult und nicht, wie Petersens Untertitel suggeriert – das „Stalintrauma“, was die DDR prägte. Zum Trauma für die deutschen Stalinisten wurde erst Stalins Tod und der XX. Parteitag der KPdSU, den Stalins gelehrigster Schüler Ulbricht unbeschadet überstand und mit der Bemerkung abtat, Stalin sei „kein Klassiker“ mehr. Der einzige „Moskauer“, den ein Stalintrauma verfolgte, war der Dichter und Kulturminister Johannes R. Becher, der sich im Angesicht des nahen Todes als seine „Lebenslüge“ eingestand, er habe Stalin „verehrt wie keinen anderen unter den Lebenden“ und könne sich „nicht darauf hinausreden, dass ich von nichts gewusst hätte. Ich ahnte nicht nur, oh, ich wusste“.

Das wahre Stalintrauma hatten die Opfer, die Jahre und Jahrzehnte auf ihre Rehabilitation warten und über ihre Leiden schweigen mussten, während die ganze Wahrheit mit ihrer Parteibiographie in den Panzerschränken der SED verschlossen blieb. Andreas Petersen stellt ihre Schicksale, die er unter Rückgriff auf bekannte Quellen, eigene Recherchen und Zeitzeugengespräche bewegend nachvollzieht, mit Recht (und einem Druckfehler: mit „Hedda Zimmer“ in seiner Widmung

ist wohl Hedda Zinner gemeint, deren Selbstbefragung wie Trude Richters Erinnerungen Totgesagt erst 1989 und 1990 erscheinen konnten) in den Mittelpunkt seiner Studie. Doch sie kann gerade nicht belegen, dass ihr Stalintrauma die DDR geprägt habe. Das bleibt das zweifelhafte Verdienst der Täter. Dass die sich ihrer Moskauer Schuld bewusst gewesen seien, wie der Klappentext des Buches unterstellt, ist eine steile These, die – außer im Fall Bechers – durch ihr Wirken und Selbstäußerungen kaum gedeckt ist. Nur die Psychoanalyse könnte sie verifizieren, wenn es denn Selbstzeugnisse der Täter gäbe. Doch am Ende, wenn auch spät, haben nur die Opfer geredet.

Hannes Schwenger

Wolfgang Eichwede / Jan Pauer (Hrsg.): Ringen um Autonomie. Dissidentendiskurse in Mittel- und Osteuropa, (= Das andere Osteuropa; Bd. 3). Berlin/Münster: LIT Verlag 2017, 623 S., 69,90 Euro.

Der Dichter Ossip Mandelstam (1891–1938) formulierte 1930 einprägsam: „Sämtliche Werke der Weltliteratur teile ich ein in genehmigte und solche, die ohne Genehmigung geschrieben wurden. Die ersten sind schmutziges Zeug, die letzteren – abgestohlene Luft. Den Schriftstellern, die im Voraus genehmigte Sachen schreiben, möchte ich ins Gesicht spucken, möchte ihnen über den Kopf schlagen ...“ Dem russischen Schriftsteller Nikolai Glaskow wird die Wortbildung „Samisdat“ zugeschrieben. Er hatte 1952 seine unveröffentlichten Gedichte zusammengeheftet und mit der Bezeichnung „Sam-sebja-isdat“ (dt. Verlag für sich selbst), später mit „Samisdat“ (dt. Selbstverlag) versehen und privat verteilt. Die Gedichte waren weder der Form noch dem Inhalt nach politisch bemerkenswert oder gar aufrührerisch. Die Neuschöpfung „Samisdat“ reagierte in ironischer Anspielung auf die sprachlichen Ungetüme und die

damit zusammenhängende Abkürzungsmanie in der Sowjetunion. Samisdat stand „Gosisdat“ gegenüber, der „Staatsverlag“. Zugleich griff dieses Wort eine in Russland weit zurückliegende Tradition auf. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind Gedichte und Romane, politische Pamphlete und philosophische Essays abgeschrieben, vervielfältigt und weitergereicht worden. Welche hohe gesellschaftliche Anerkennung diese Art der Verbreitung in Russland genoss, wird nicht zuletzt an dem kuriosen Umstand deutlich, dass die sowjetische Stalin-Hagiographie behauptete, Stalin hätte heimlich innerhalb weniger Tage Karl Marx' Kapital abgeschrieben und weitergegeben.

Der Samisdat im Ostblock entfaltete ein breites Erscheinungs- und Inhaltsspektrum (sehr nachdrückliche, auch visuelle Beispiele enthalten die beiden Ausstellungskataloge „Präprintium. Moskauer Bücher aus dem Samizdat“ und „Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa“). Die Diskurse der Dissidenten waren nicht nur politisch, sondern umfassten alle gesellschaftlichen Bereiche. Das war besonders für die Sowjetunion charakteristisch. Das Standardwerk Soviet Dissent legte dazu die russische Doyenne der Dissidenz, Ljudmila Alexejewa (1927–2018) vor, das rasch im Westen Verbreitung fand. Weniger bekannt ist das Buch Samisdat and an Independent Society des kanadischen Politikwissenschaftlers Gordon H. Skilling (1912–2001), der in den 1970er und 1980er Jahren im Ostblock die Opposition intensiv beobachtete, vielfältige Kontakte in verschiedenen Ländern unterhielt, heimlich Befragungen durchführte und mehrere Bücher darüber publizierte, unter anderem auch ein Buch über die politische Untergrundliteratur. Nach dem Zusammenbruch des Ostblock erschienen zahlreiche weitere Studien, die die veränderten Zugangsmöglichkeiten zu Material und Personen nutzten. Davon zeugen herausgegebene Sammlungen mit Samisdatprodukten

in allen Ländern, die im Internet abgerufen werden können, im oder als herkömmliche Printausgaben vorliegen. Einige Analysen haben in bestechender Weise Samisdat, politische Debatten und gesellschaftspolitische Kontexte miteinander verbunden. Hervorzuheben sind z.B.: Barbara J. Falk: *The Dilemmas of Dissidence*, Gregor Feindt: *Auf der Suche nach politischer Gemeinschaft oder Christian Domnitz: Hinwendung nach Europa*.

In Deutschland ist die von Wolfgang Eichwede an der Universität Bremen 1982 gegründete „Forschungsstelle“ mit ihrem einzigartigen Samisdat-Archiv das Zentrum für die Geschichte von Samisdat und Dissidenz im früheren sowjetischen Machtbereich. Das vorerst letzte große Unternehmen von Eichwede stellt das vierbändige Werk *Das andere Osteuropa. Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur (1960er–1980er Jahre)* dar. Nach Bänden über Zensursysteme, Parallelkultur und Opposition ist nun der Band über Dissidentendiskurse herausgekommen (Die Bände im Einzelnen: Tomáš Glanc: *Autoren im Ausnahmezustand*, Alexander von Plato/Tomáš Vilímek in Verbindung mit Piotr Filipkowski und Joanna Wawrzyniak: *Opposition als Lebensform*, Ivo Bock (Hrsg.): *Scharf überwachte Kommunikation*). Eine großartige wissenschaftliche Leistung!

Der vorliegende Band setzt mit einem Beitrag von Aleksandr Daniel ein. Er war im russischen Samisdat seit den 1970er Jahren aktiv und begründete „Memorial“ mit. In seinem Beitrag liefert er einen fundierten Überblick über die breitgefächerte und vielfältige Samisdatlandschaft in der Sowjetunion. Er macht drei inhaltliche Schwerpunkte aus: Dokumentation von politischen Verfolgungen, Religionsfragen und Nationalitätenprobleme einschließlich Unabhängigkeitsbestrebungen (vor allem Ukraine, Baltikum). Charakteristisch sei gewesen, so Daniel, dass die Dissidenz in der UdSSR überwiegend nicht politisch gewesen sei. „Man“ habe sich einfach nur der Bürgerrechte bedient,

die der Staat einem vorenthielt. Hier schlägt die damalige Haltung vieler Bürgerrechtler im Ostblock durch. Bei einer stärkeren politik- und geschichtswissenschaftlichen Analyse und mit Hilfe eines analytischen Politikbegriffs liegen andere Schlussfolgerungen nahe – nämlich, dass Samisdat und Dissidenz a priori in der Diktatur politisch sind, ganz unabhängig von den individuellen Beweggründen und Zielen. Der Beitrag bietet einen sehr guten Überblick über die Vielfalt der sowjetischen Dissidentendiskurse. Die Stärke liegt in der additiven Dokumentation, weniger in der inhaltlichen Analyse.

Der polnische Historiker Andrzej Krajewski befasst sich mit der oppositionellen Kritik am politischen System Polens 1965 bis 1989. Sein Überblick setzt mit den revisionistischen Überlegungen etwa von Leszek Kolakowski, Włodzimierz Brus, Jacek Kuron, Karol Modzelewski, Władysław Bienkowski oder Edward Lipinski ein. Nach 1968 hätten diese Ansätze ihre politische Kraft verloren. Das Besondere in Polen, der stark religiöse wie politische Katholizismus, bildete immer eine mächtige Gegenkraft zum Kommunismus. Das vollzog sich in den 1970er Jahren auch in den politischen Gegendiskursen. Zugleich schliff sich die Staatsgewalt ab – die Dissidenten waren immer weniger einzuschüchtern und fanden neue, effektive Formen der Selbstorganisation. Sie fingen an, den Staat zu ignorieren – mehr Selbstbewusstsein in der Diktatur geht kaum. Damit einher gingen selbstorganisierte Wirtschaftsformen auch in der Opposition, etwa im Verlagswesen. Der Samisdat wurde mehr und mehr zu einem vielgliedrigen Verlagswesen („zweiter Umlauf“), der sich jeglicher Kontrolle entzog, freilich nicht der staatlichen Repression. Adam Michnik sagte 1985, die Gefängnisse schreckten niemand mehr ab (S. 131). Die Demokratisierung der polnischen Opposition zeigt nichts mehr als der Umstand, dass dort praktisch jede demokratische Position vertreten war. Die Zu-

kunft Polens fing im Untergrund an. Einigkeit herrschte weitgehend darüber, dass Polen seine nationale Selbstbestimmung erlangen und die Vorherrschaft der kommunistischen Partei gebrochen werden müsse. Aber auch in Polen blieb die Opposition mindestens bis zum Aufkommen der Solidarnosc von der Gesellschaft weithin isoliert (S. 133). Die Oppositionellen waren von ihr enttäuscht, die Gesellschaft nahm sie wiederum kaum wahr. Ab 1976 änderte sich dies; in den 1980er Jahren sah es dann für einige Zeit aus, als gingen Opposition und Gesellschaft Hand in Hand.

Der besondere Vorzug dieser Analyse von Andrzej Krajewski besteht darin, dass er vorzüglich die verschiedenen Debatten über Nation, Kirche, Staat oder das Verhältnis zum Westen darstellt, einordnet und die inneren Konfliktlinien der Opposition konturiert. Nirgends im Ostblock war die Opposition so entwickelt und breit gefächert, so demokratisiert wie in Polen. In einem Abschnitt zeigt Krajewski, wie eine unabhängige Historiographie seit den 1950er Jahren entstand. Wichtige Dissidenten waren Historiker, darunter Jacek Kuron, Adam Michnik, Leszek Moczulski, Antoni Macierewicz, Bronislaw Gremk, Jerzy Holzer, Andrzej Paczkowski oder Waldyslaw Bartoszewski. „Zu den wenigen Gemeinsamkeiten von Regime und Opposition gehörte die Überzeugung, die Geschichtsschreibung sei eines der wirksamsten Kampfmittel der Politik.“ (S. 183) Der Kampf gegen das Regime erfolgte auch über die Demaskierung der marxistisch-leninistischen Geschichtsdogmen, wonach der Kommunismus eine gesetzmäßige Gesellschaftsformation darstelle und die Kommunistische Partei „lediglich“ als Vollzugsorgan unabänderlicher Gesellschaftsgesetze agiere.

Der ungarische Jurist und Politologe Mate Szabo untersucht die Gegendiskurse in Ungarn. Anders als in Polen spielten religiöse Diskurse kaum eine Rolle; auch der Marxismus hatte in den 1980er Jahre in der Opposition keine relevanten Vertreter

mehr. Das ist bemerkenswert, weil die Opposition in den 1950er Jahren aus einem kritischen Marxismus-Lager heraus entstanden war. Dafür gab es eine stärkere ökologische Debatte. Ähnlich wie in Polen nahm die nationale Frage eine zentrale Stellung ein. Die Debatten in Polen und der ČSSR galten als Vorbild; wie in Polen beanspruchten historische Fragen („Erinnerung als Protest“, S. 189) eine wichtige Stellung im Gegendiskurs. In Ungarn dominierten in den 1980er Jahren marktliberale Positionen.

Der Politikwissenschaftler Andras Bozoki stellt die Selbstbilder und Organisationsformen der ungarischen Opposition vor, wobei ein Schwergewicht auf dem Samisdat legt. Sehr ausführlich analysiert er die wichtigsten Samisdatthemen (Demokratie, Menschenrechte, Nation, Markt, Europa, Ökologie, Wehrbereitschaft) und zeigt zugleich, dass die intellektuellen Diskurse in der Opposition Teil des politischen Engagements gegen die kommunistische Herrschaft bildeten. Ab 1987 sei dann der intellektuelle Diskurs zugunsten politischer Handlungen zurückgetreten; ersterer sei aber die Vorbedingung letzterer gewesen. Auch in diesem beeindruckenden Beitrag behandelt der Autor sehr umfassend die historischen Debatten innerhalb der Opposition: Geschichte als Argument und Vergangenheitsbetrachtung als politisches Mittel.

Christina und Dragos Petrescu, sie Historikerin, er Politologe in Bukarest, untersuchen die Opposition in Rumänien 1977 bis 1989. Sie war besonders klein. In Rumänien sah sich die Opposition dem absurden Umstand gegenüber, dass die KP als Gegenspielerin Moskaus selbst als größte Oppositionsgruppe galt, was ihre Führerpersönlichkeiten in den 1960er und frühen 1970er Jahren populär bei den Rumänen machte (S. 310 f.). Die Menschenrechtsbewegung erhielt nach der KSZE-Schlussakte Auftrieb und ist von der polnischen KOR und der Charta 77 aus der ČSSR inspiriert worden. Es gab kaum Marxisten oder Nationalisten, die meisten

waren Liberaldemokraten. Das Fazit der Autoren ist ziemlich ernüchternd, vielleicht sogar zu negativ: „Die rumänischen Dissidenten produzierten keine neuen Ideen, keine originellen Analysen des kommunistischen Systems und keine bahnbrechenden Strategien des Dissenses.“ (S. 348) Immerhin räumen sie ein, dass die Dissidenten wichtig waren, um überhaupt erste Schritte auf dem Weg hin zur Demokratie nach 1989 beschreiten zu können; sie bildeten nötige Korrektive.

Im umfangreichsten Beitrag untersucht Jan Pauer die Oppositionsdiskurse in der ČSSR und DDR und vergleicht sie miteinander. Auch dies geschieht ungemein kenntnisreich. Er sieht vor allem Unterschiede. Die historischen Ausgangspunkte: bis 1961 sind aus der DDR weit mehr Menschen geflüchtet als aus jedem anderen Land; die kritische Masse verlor unentwegt Potential. Mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 und dem Tod Robert Havemanns 1982 hatte die ostdeutschen Dissidentenszene keine Symbolfiguren mehr. Die Opposition besaß keine Führungspersonen, keine prominenten Köpfe. Das war nicht nur in Polen oder der UdSSR anders, sondern auch in der ČSSR. Der reformkommunistische Diskurs vor und nach 1968 ist ab Mitte der 1970er Jahre von einem liberaldemokratischen abgelöst worden. Die Charta 77 wies eine hohe Kontinuität in ihren Führungsköpfen auf, die sehr prominent waren. Erst 1986/87 konnte in der DDR eine annähernd ähnliche Struktur aufgebaut werden. Anders als in allen anderen Ländern war die Debatte in der DDR von der NS-Geschichte überwölbt, da (?) keine positiven historischen Bezugnahmen zur eigenen Geschichte oder oppositionelle Historiographie existierten. Die Teilung Deutschlands und Europas als Schuld der Deutschen wegen des Nationalsozialismus ist weithin akzeptiert worden, die Antifaschismuskonzeption unwiderrspochen geblieben, was sich besonders am Umgang mit dem 17. Juni 1953 zeige. Die De-

nunziation des Aufstands als „faschistisch“ blieb bis zuletzt in der Opposition unreflektiert. Erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre haben wenige Oppositionelle die Teilung Deutschlands und die Jalta-Nachkriegsordnung in Frage gestellt und die Positionen der Oppositionellen aus Polen, Ungarn und der ČSSR übernommen. Der Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik stellte für die Opposition einen großen Nachteil war; das gab es nach 1968 für die ČSSR auch. Die Unterstützung einiger Emigranten für die Opposition in der DDR und der ČSSR war von hoher Bedeutung. Anders als in der ČSSR konnte die Opposition in der DDR auf die evangelischen Kirchen als prinzipiell anti-kommunistische Institution setzen und deren Infrastruktur nutzen. Pauer erklärt sehr genau, warum es in der DDR-Opposition keine elaborierten Debatten über Gesellschaftsmodelle oder die nationale Frage gab; er arbeitet heraus, dass die Opposition realpolitisch orientiert war, so wie beispielsweise westliche Beobachter. Anders als in der ČSSR gab es keine verfestigte totalitarismustheoretische Debatte über den Staat. Als eine wichtige Ursache sieht an, dass das bürgerlich-liberale Milieu in der Opposition fehlte. Schließlich ist hervorzuheben, dass Pauer sowohl in der ČSSR als auch in der DDR sehr präzise die inneroppositionellen Differenzen herausarbeitet.

Der Sammelband bietet eine Fülle an Analysen und Denkanstößen. Sämtliche Beiträge besitzen einen außerordentlich hohen Informationsgehalt. Das ist zu betonen, weil die Autoren aus dem oft schwer zugänglichen Samisdat der einzelnen Länder schöpfen, zitieren und ausführlich paraphrasieren. Zugleich kommt die Analyse dabei keineswegs zu kurz. Hier dominiert nicht die These um der These willen, die Theorie um der Theorie willen, wie wir es zu oft aus Publikationen ambitionierter Wissenschaftler kennen. Nein, hier dominiert die empirische Analyse, methodisch vorbildlich, theoretisch nachvoll-

ziehbar, die geordnet, systematisiert, kontextualisiert, historisiert wird. Vorbildlich auch die Struktur der einzelnen Beiträge, die die Länderstudien auch miteinander vergleichbar machen. Herausgebern und Autoren gebührt höchste Anerkennung. Die einzige Kritik, die mir notwendig erscheint: Dem Buch fehlen leider Personen-, Orts- und Samisdatregister. Insgesamt liegt eine Forschungsleistung vor, die nicht genug gelobt werden kann. Für weitere Forschungen zur Opposition und zu den Dissidentendiskursen im Ostblock wird dieser Band künftig unverzichtbar sein; ein Standardwerk schon jetzt!

Ilko-Sascha Kowalczyk

Beate Mitzscherlich / Thomas Abbe / Ulrike Diedrich / Cornelia Wustmann / Paul Eisewicht: „Sexueller Kindesmissbrauch in Institutionen und Familien in der DDR“, Fallstudie zu den Anhörungen und Dokumenten der Aufarbeitungskommission, hrsg. von der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, Berlin 2019, 96 S., steht im Internet zur freien Verfügung.

Christian Sachse / Stefanie Knorr / Benjamin Baumgarten: Sexueller Missbrauch in der DDR. Historische, rechtliche und psychologische Hintergründe des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in der DDR, Wiesbaden: Springer VS 2018, 257 S., 44,99 Euro.

1974 schrieb Christiane Kerde, Professorin für Gerichtliche Medizin in Jena, einen Beitrag über „Gerichtsmedizinische Aspekte zu Problemen der Kindesmisshandlung“ in der DDR. Kindesmissbrauch gab es nach Kerde im realsozialistischen Land nicht und Kinder und Jugendliche waren durch die Gesetze der DDR geschützt. Das Selbstbild des SED-Regimes stand der Tatsache, dass es in einer heilen sozialisti-

schen Familie und in staatlichen Einrichtungen Kindesmissbrauch gegeben könnte, unvereinbar gegenüber. Insofern ist das Resümee von Christian Sachse, dass in der DDR Statistiken zu sexuellem Missbrauch geheim waren und die Zahlen von Opfern nicht erfasst wurden, nicht überraschend. Doch warum dauerte es über zwanzig Jahre, bis sich die DDR-Aufarbeitung diesem Thema widmete?

Im Jahre 1993 erstattete Martin Hannemann vor der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ den ersten Bericht über die Umerziehung junger Menschen in der DDR. Hannemann setzte sich mit der DDR-Ideologie kritisch auseinander, konnte sich ansonsten allerdings nur auf seine eigenen Erfahrungen berufen, weil die entsprechenden staatlichen Überlieferungen noch nicht zugänglich waren. Heidemarie Puls widmete sich mit ihrem Buch *Schattenkinder hinter Torgauer Mauern* als Erste diesem Tabuthema. Sie war wegen „Erziehungsschwierigkeiten“ mit sechzehn Jahren in den Geschlossenen Jugendwerkhof (JWH) Torgau eingewiesen worden. Familiäre und staatliche Gewalt zogen sich wie ein roter Faden durch ihre Kindheit und Jugend. Im Jahre 2010 stieß der „Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch“ dann eine Debatte an, doch es vergingen weitere fünf Jahre, bis der Deutsche Bundestag eine Aufarbeitungskommission einsetzte. In der Folge förderte die Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder die „Internetplattform Jahrhundertkind“ und zwischen 2015 und 2017 mehrere Forschungsprojekte, zu denen die beiden vorliegenden Studien zählen.

Die Studie *Sexueller Kindesmissbrauch in Institutionen und Familien in der DDR* basiert auf Interviews mit Betroffenen und „vertraulichen Anhörungen“ vor der Aufarbeitungskommission. Das Material wurde von Thomas Abbe, Ulrike Diedrich, Paul Eisewicht, Beate Mitzscherlich

und Cornelia Wustmann ausgewertet, analysiert und die Ergebnisse nun erstmals in der vorliegenden Arbeit veröffentlicht. Die Autoren unterscheiden zwischen Kindesmissbrauch in den Institutionen der DDR (Teil 1) und sexueller Gewalt in den Familien (Teil 2). In der Praxis waren die Grenzen mitunter fließend. Für Teil 1 wurden 29 Erfahrungsberichte über sexuelle Gewalt in DDR-Institutionen herangezogen, für Teil 2 wurden 51 Anhörungen ausgewertet. Es handelt sich teilweise um erschütternde Zeitzeugenberichte über sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit einer Heimeinweisung. Manche von ihnen hatten zuvor Gleiches im familiären Umfeld, in der Schule oder im Sportverein erfahren. Den Autorinnen und Autoren geht es im vorliegenden Band vor allem darum, die Folgen und Konsequenzen für die Betroffenen aufzuzeigen: Komplextumata, Panikattacken, kontinuierliche Beziehungsabbrüche im Arbeits- und Privatleben, aber auch ein geringes Einkommen aufgrund fehlender Förderung im Heim und entsprechend niedrige Renten. Es wird betont, dass die Ergebnisse im statistischen Sinne nicht repräsentativ sein können. Gleichwohl zeigt die Untersuchung, wie Missbrauchshandlungen in der DDR vertuscht wurden und dass die Betroffenen kaum Möglichkeiten hatten, sich zur Wehr zu setzen.

Mit diversem Zahlenmaterial widerlegt die Fallstudie einige Fehlwahrnehmungen zur Problematik des Kindesmissbrauchs. So etwa den Befund „zur Geschlechtsspezifität der Betroffenheit sexueller Gewalt“, wonach Mädchen eher Opfer innerfamiliären sexuellen Missbrauchs würden, während der Missbrauch von Jungen sich eher im sozialen Nahraum bzw. in Institutionen abgespielt hätte. Auch die Thesen, wonach es sich vorrangig um sozial schwache DDR-Haushalte handelte, in denen sich Väter an ihren Töchtern vergingen, und dass sexueller Missbrauch vor allem von Männern ausging, werden widerlegt. Ein Ergebnis der Studie ist, „dass sexuel-

ler Missbrauch zwar seltener als von Männern, aber keineswegs vereinzelt durch Frauen ausgeübt“ wurde. Mit der aus DDR-Zeiten stammenden „Unterschichtentese“, wonach die Täter mit wenigen Ausnahmen einen niedrigen Bildungsgrad aufwiesen, sittlich-moralisch verwahrlost oder Alkoholiker gewesen seien und in einem sichtbaren sozialen und familiären Mangelmilieu aufwuchsen, setzt sich auch Sachse in einem Beitrag auseinander. Die Zeitzeugeninterviews widerlegen diesen Befund aus Betroffenenansicht.

Kindesmissbrauch in den DDR-Familien und im familiären Umfeld zog sich laut Paul Eisewicht und Cornelia Wustmann durch alle Schichten und Berufsgruppen. Bei organisiertem Missbrauch durch mehrere Personen seien Verbindungen der Täter zu den Staatsbehörden (Polizei, MfS, Abteilung Inneres, Volksbildung) festgestellt worden. Täter seien die eigenen Großeltern, Stiefeltern, Geschwister, Freunde der Familie oder Nachbarn gewesen. Um den Missbrauch zu vertuschen, hätten sie ihre minderjährigen Opfer bedroht, ihr Schweigen erpresst oder sie mit weiterer Gewalt eingeschüchtert. Eine Zeitzeugin berichtete in der Anhörung: „Nein sagen, konnte ich damals nicht – ich wusste gar nicht, dass ich das darf.“ Die Mütter wurden als wenig einfühlsam beschrieben. Mitunter seien sie zu Mitwisserrinnen geworden. Eine Zeitzeugin berichtete, wie ihre Mutter mit ihr im Auto irgendwo hingefahren sei. Anschließend habe sie das Auto ohne Worte verlassen und sei weggegangen. „Dann sind jeweils fremde Männer ins Auto eingestiegen.“ Die Mutter sei zurückgekehrt, „wenn er mit mir fertig war (Geld legte er auf den Fahrersitz)“.

Nach Eisewicht und Wustmann entwickelten einige Betroffenen verschiedene Strategien im Umgang mit den Missbrauchserfahrungen. Doch in den meisten Fällen führte die Tabuisierung von sexualisierter Gewalt in der Familie demnach zu rebellischem Verhalten, mangelnden Schulleistungen, zu Abwehr und totaler

Verweigerung gegenüber dem DDR-System sowie Orientierung am Westen oder Cliques- und Bandenbildung, begleitet von gesundheitlichen und psychosomatischen Störungen, die nicht zugeordnet werden konnten. Im DDR-Staatserziehungsgedanken zog dies laut Eisewicht und Wustmann gesellschaftliche Sanktionen aufgrund des mangelnden erzieherischen Verhaltens der Eltern nach sich. Dies konnte eine Entziehung des Sorgerechts, eine Heimeinweisung oder eine Einweisung des Kindes in psychiatrische Kliniken nach sich ziehen. Die Autoren beschreiben auch einen Fall, in dem die Mutter eine Heimeinweisung der Tochter veranlasste, weil sie ihre Tochter „vor dem Vater schützen wollte“.

In 29 Erfahrungsberichten über sexuelle Gewalt in den DDR-Institutionen stellen Betroffene, die wegen innerfamiliären Missbrauchs in Heime eingewiesen wurden, die größte Gruppe dar. Diese Form des Missbrauchs betraf laut Studie wiederum in überwiegender Anzahl Mädchen. Die zweitgrößte Gruppe von Betroffenen wurde in der Familie vernachlässigt und misshandelt bzw. Zeuge der Misshandlung ihrer Mütter. Zu dieser Gruppe zählen Mitzscherlich/Ahbe/Diedrich überwiegend Jungen. In dem einen wie in dem anderen Fall hätten die Betroffenen nach Angaben der Forscher die Entscheidungen der Jugendämter akzeptiert und gehofft, die Misshandlungen würden durch die Heimeinweisung beendet. Sie thematisierten in den Anhörungen allerdings, dass sie unter der Fortsetzung der Gewaltverhältnisse in den Heimen selbst massiv gelitten hätten. Jungen berichteten von pädophilen Erziehern, ihren nächtlichen „Kontrollen“ bei angeblichen Bettnässern und ihren Übergriffen beim täglichen Duschen in den Kellern der Heime. Diese Übergriffe eskalierten immer weiter, weil niemand einschritt. Ein Zeitzeuge berichtete von einer brutalen Vergewaltigung auf dem Heuboden eines Schweinestalls kurz vor seiner Entlassung aus dem Kinder-

heim. Ein Mädchen musste ähnliche Erfahrungen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau machen. Sie wurde vom Heimleiter an ihrem Geburtstag vergewaltigt. Wie bei sexuellen Übergriffen in den Familien wurden nicht die Täter bestraft, sondern die Opfer, denen man nicht glaubte. Kinder, die die Täter bei der Heimleitung anzeigten, seien in eine noch restriktivere Einrichtung verlegt worden oder kamen wegen ihrer angeblichen Lügen zur Strafe in Isolationshaft.

In der Arbeit über den „Sexuellen Missbrauch in der DDR“ gehen Benjamin Baumgarten, Stefanie Knorr und Christian Sachse den „historischen, rechtlichen und psychologischen Hintergründen“ von Kindesmissbrauch nach. Allerdings bleibt die Analyse an mancher Stelle ungenau, etwa bei der Kennzeichnung der Tätergruppen. Diverse Abkürzungen hätten erklärt werden können. Manche Quellenachweise sind leider fehlerhaft. In Personen- und Sachregister wäre von Vorteil gewesen.

Die Autoren skizzieren in ihrer Studie die Strukturen im SED-Regime, die die Willkür auf der Täterseite begünstigten und beim Kinderschutz versagten. Sie nennen es etwas lapidar „Rahmenbedingungen“. Am Ende des Buches fragt man sich, wie es dazu kommen konnte, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern ein solches Ausmaß erreichte? Warum sahen so viele Verantwortliche weg? Warum waren so viele Mütter nicht in der Lage, ihre Kinder zu schützen? Baumgarten gibt in seinem Beitrag eine gute Übersicht zu den einschlägigen Gesetzen der DDR, die Kindesmissbrauch als Taten einstufen und verhindern sollten. Sein Beitrag bietet zusammen mit einem ähnlichen Beitrag aus dem Jahre 2011 über die Heimeinweisung in West-Berlin eine gute Basis für einen gesamtdeutschen Vergleich. Strafverfolgungen wegen Kindesmissbrauch kamen nach Baumgarten fast nie an die Öffentlichkeit, weil es in einem sozialistischen System keine solchen Verbrechen geben durfte,

für die nach der Logik der SED allein der Kapitalismus verantwortlich war.

Sachse erscheint es „rätselhaft“, dass DDR-Behörden angesichts einer „staatlich organisierten Mikrokontrolle“ derartige Straftaten nicht verhindern konnten. Tatsächlich war der SED-Machapparat jedoch Teil des Problems. Sachse zitiert ausführlich aus Beständen des Bundesarchivs und bezieht sich auf Statistiken über Anzeigen wegen Kindesmissbrauchs, Verurteilungen von Tätern und verhängte Freiheitsstrafen. Ausgewertete Ermittlungsverfahren hätten gezeigt, dass „Täter aus den Apparaten ihre staatliche Autorität nutzten, um sexuelle Handlungen zu erzwingen“. In der DDR wurden zwischen 1960 und 1989 etwa 84 000 Anzeigen wegen Kindesmissbrauchs polizeilich aufgenommen, dabei sei von einer Dunkelziffer von 1:7 auszugehen. Durchschnittlich hätten 43 Prozent der jährlichen Anzeigen zur Verurteilung der Täter geführt, wobei die Urteile immer milder wurden und sich eine zunehmende Tendenz zur Bewährungsstrafe zeigte.

In einem weiteren Abschnitt untersucht Sachse das „Netz der staatlichen Strukturen“. Nach einer „Gemeinsamen Anweisung“ der DDR-Staatsanwaltschaft, der Abteilungen Inneres bei den Bezirken und Kreisen und der DDR-Jugendhilfe aus dem Jahre 1967 waren die Jugendhilfe, die Jugendorganisationen und die DDR-Volksbildung zu einer intensiven Zusammenarbeit und zum vorsorglichen Informationsaustausch verpflichtet. Im Rahmen von Überwachungsmaßnahmen erweiterte sich dieses Netzwerk um die Abteilungen Inneres, Polizei, Staatsanwaltschaft und Ministerium für Staatssicherheit. Trotz dieses Kontrollsystems seien die Missbrauchsstatistiken im SED-Staat manipuliert und die Zahlen von Opfern nicht erfasst worden. Anzeigen auf Polizeirevieren seien mitunter unbearbeitet zu den Akten gelegt worden. Erst wenn ein Verfahren „so viele Organe“ beschäftigt habe, dass es durch einen einzelnen Funktionär nicht mehr zu stoppen gewesen sei,

hätten die Behörden davon Abstand genommen, „sich am gemeinsamen Beschweigen eines sexuellen Übergriffs zu beteiligen“, so Sachse.

Zu Beginn der Untersuchung verweist Sachse darauf, dass die Forschung erst am Anfang stehe. In der Stasi-Unterlagenbehörde gäbe es zu diesem Thema eine rund achtzigseitige Liste mit Aktentiteln und eine weitere Rechercheliste im Umfang von ca. 5 000 Seiten. Für die Untersuchung hätte nur ein Bruchteil ausgewertet werden können. Um zu einer abschließenden Beurteilung des Ausmaßes von Kindesmißbrauch in der DDR einschließlich der Rolle der Gesellschaft zu kommen, müssten neben den MfS-Akten auch die archivalischen Hinterlassenschaften der DDR-Justiz, des Ministeriums für Volksbildung einschließlich der Jugendhilfe und Heimerziehung herangezogen werden. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam Sachse schon 2011 in seinem Beitrag „Politische, rechtliche und pädagogische Rahmenbedingungen der Heimerziehung in Ost-Berlin 1945–1989“. Man fragt sich, warum das Forscherteam in der Zwischenzeit diese Bestände nicht ausgewertet hat. So bleiben bis heute viele Fragen unbeantwortet. Eine vergleichende Analyse des Kindesmissbrauchs in Ost und West steht noch aus. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung hat 2018 ein groß angelegtes Projekt zur „Sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in pädagogischen Kontexten“ in Auftrag gegeben. Doch für manche Betroffenen könnte es dann zu spät sein. Einer von ihnen hatte sich 2004 auf einem Bahngleis in der Nähe von Augsburg das Leben genommen. Zu DDR-Zeiten nahm ihm das Jugendamt die Mutter weg und steckte ihn in ein Heim. Zehn Jahre später wurde er aus dem Jugendwerkhof entlassen, doch niemand wollte ihm glauben was er an Gewalt erlebt hatte oder auch nur zuhören, und so verdrängte er diese Erfahrungen, die er in der Kindheit gemacht hatte und unter denen er bis zuletzt litt. Er wurde kriminell und als er keinen Ausweg mehr

sah, nahm wer sich das Leben. Sein Bruder kämpfte vergeblich um seine Rehabilitierung bezüglich der Zwangseinweisung in mehrere DDR-Kinderheime und den Jugendwerkhof durch bundesdeutsche Gerichte. Manch anderer wartet bis heute auf eine Entschädigung oder auf eine Übernahme der Kosten von Langzeittherapien. Die strafrechtliche Verfolgung von Tätern und Täterinnen wird häufig als wenig aussichtsreich, intransparent und für die Betroffenen demütigend beschrieben.

Beide Studien befassen sich mit der Thematik des Kindesmissbrauchs in Familien und Institutionen der DDR. Doch sexualisierte Gewalt in Sportvereinen, Ferienlagern, in anderen Kindereinrichtungen oder im kirchlichen Raum spielt dort keine Rolle. Die missbrauchten Kinder der DDR sind nicht nur Opfer von Kinderschändern geworden, die häufig nicht bestraft worden sind. Sie wurden zugleich Opfer eines Regimes, das beim Kinderschutz versagte.

Angela Schmole

Arno Polzin: Mythos Schwedt: DDR-Militärstrafvollzug und NVA-Disziplinareinheit aus dem Blick der Staatssicherheit. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Analysen und Dokumente, Band 49, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018, 407 S., 30 Euro.

Arno Polzin, ein Jahr nach dem Mauerbau in der DDR geboren, engagierte sich 1990 im Ostberliner "Bürgerkomitee zur Kontrolle der Auflösung der Staatssicherheit" und wurde im gleichen Jahr Mitarbeiter der Gauck-Behörde. 2003 wechselte er in die Bildungs- und Forschungsabteilung dieser Einrichtung. Fünf Jahre später wurde er mit der Leitung eines BStU-Projektes zur Geschichte des Militärgefängnisses Schwedt beauftragt, an dessen Er-

arbeitung sein Kollege Ilko-Sascha Kowalczyk beteiligt war. In seiner „Danksagung“ führt Polzin eine große Anzahl von Personen auf, die ihm die Durchführung des Projekts ermöglicht haben, darunter auch ca. zehn ehemalige Insassen sowie frühere Gefängnisbedienstete. Das – noch Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR – weitgehende Fehlen von Informationen über Schwedt dürfte auch damit zusammenhängen, dass sowohl Anstaltspersonal als auch Insassen bei ihrer Entlassung eine schriftliche Schweigeverpflichtung abgeben mussten (S. 165, 262). Die Ergebnisse des Projektes, das sich – als Folge des Mangels an Gefangenenakten – „weitgehend auf MfS-Unterlagen“ stützt (S. 372), ermöglichen nach Überzeugung des Verfassers Korrekturen und Ergänzungen des Bildes von „Schwedt“, das bislang durch die Arbeiten Rüdiger Wenzkes und Torsten Dresslers vermittelt worden ist.

Polzin geht davon aus, dass der Komplex Schwedt „aus heutiger Sicht ... differenziert“ zu betrachten ist. In der Einführung heißt es, Schwedt sei „nicht die repressivste Haftanstalt“, in der Zusammenfassung, „vermutlich nicht das schlimmste Gefängnis“ der DDR gewesen. Nach Aussagen ziviler Gefangener habe in Schwedt „ein strengeres Regime“ geherrscht als in anderen Gefängnissen (S. 143). Sicher zutreffend ist die Feststellung, dass „die Verantwortlichen in der DDR, speziell in der NVA“, gezielt zur Entstehung der in der DDR verbreiteten Vorstellungen von extremen Haftbedingungen in Schwedt beigetragen haben, um in der Bevölkerung, insbesondere bei Wehrpflichtigen und Militärangehörigen, eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Für Polzin bedeutet das erforderliche „Nachdienen“ der Haftzeit in der NVA eine „schlüssige Erklärung“ für die Entstehung des Mythos Schwedt; er erwähnt aber auch das „Unter-Wasser-Setzen“ von Arrestzellen (einschließlich der Erhitzung der Zelle auf 60 Grad; S. 223, 247) – eine wahrlich drakonische Maßnahme! Polzin beklagt, dass „bisher nur wenige Bedienstete“ darüber

sprechen – dabei dürften doch Aussagen von Insassen viel wichtiger sein! Wer die Verhältnisse in den DDR-Gefängnissen vergleichen und eine „Rangordnung“ aufstellen möchte, muss die dafür herangezogenen Kriterien genau definieren. Dass es – bei Zugrundelegung der MfS-Akten – in Schwedt keine Selbstmorde gegeben hat, ist jedenfalls kein hinreichendes Kriterium, ebenso nicht die Mitteilung eines Militärstaatsanwalts an die Mutter eines Häftlings, wonach „Bautzen ... viel schlimmer“ sei (S. 161). Letztlich bleibt es dem Leser überlassen, den Grad der Repression in Schwedt – im Vergleich zu anderen DDR-Gefängnissen – zu bestimmen.

Die Studie vermittelt einen guten Überblick über das Funktionieren der Haftanstalt Schwedt in der Zuständigkeit des Innenministeriums (1968 bis 1982) und des Verteidigungsministeriums (1982 bis 1990); das Aufsichtspersonal und die drei Gruppen der Insassen (Militärstrafgefangene, Militärarrestanten, Disziplinarbestrafte; darüber hinaus zeitweise auch zivile Häftlinge, vgl. S. 141f) werden präzise beschrieben. Für „An- und Abreisen“ seien meist öffentliche Verkehrsmittel gewählt worden, die Rückkehr zum Trupenteil sei überwiegend individuell erfolgt (S. 126, 161). Ausführlich informiert Polzin über Unterbringung, Tagesablauf und Behandlung der Häftlinge. Die Militärstrafgefangenen, sofern sie von einem Militärgericht zu maximal zwei Jahren Haft verurteilt worden waren (bei höheren Strafen Entlassung aus der NVA und Überstellung in ein ziviles Gefängnis), stellten das größte Kontingent der Insassen. Bei den Disziplinarbestraften handelte es sich um nicht vorbestrafte Soldaten und Unteroffiziere, die vom zuständigen Kommandeur – ohne Gerichtsurteil – mit einer ein- bis dreimonatigen Arreststrafe belegt worden waren.

Das tägliche Reglement – Arbeit im Gefängnis oder in Betrieben außerhalb des Gefängnisses, politische Schulung, militärische Ausbildung – ließen kaum Raum

für individuelle Betätigung; für die Disziplinarbestraften habe ein „deutlich strengeres“ Regime gegolten (S. 54). Obwohl Normennichterfüllung, Arbeitsverweigerung oder Hungerstreiks sehr hart bestraft wurden, lehnt Polzin den Begriff Zwangsarbeit ab – wegen der „geschichtsphilosophischen Relevanz“, wie der Leser in einer Anmerkung erfährt (S. 169). Die Häftlinge scheinen sich relativ oft und erfolgreich schriftlich beschwert zu haben; für 1976 und 1977 hat Polzin ermittelt, dass 15 bzw. 14 Beschwerden als berechtigt eingestuft worden sind (S. 223). Ein Disziplinarbestrafter konnte nach Arrestverbüßung in Untersuchungshaft kommen und verurteilt werden – dieser wichtige Hinweis findet sich in einer Anmerkung (S. 60, Anm. 52). Viele Häftlinge sind vorzeitig entlassen worden, meist auf Bewährung oder durch die vier Amnestien, während kein einziger durch Freikauf in die Bundesrepublik gelangt sei (S. 150, 240).

Die meisten Leser wird überraschen, wie stark die Kripo (K I/4) und ab 1982 die HA I des MfS alle Strukturen in Schwedt durchdrungen haben. Insbesondere entsteht der Eindruck, dass nahezu jeder Verantwortliche in höherer Position „nebenbei“ als IM verpflichtet gewesen ist. Wichtig ist der allgemeine Hinweis, dass ab 1983 alle Sicherheitsbeauftragten als IM verpflichtet werden konnten (S. 258, Anm. 4), prinzipiell auch alle „Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens“ (S. 270, 372). Die sich auf mehreren Ebenen abspielenden geheimdienstlichen Aktivitäten sind für Polzins eine „Vermischung, [die] nicht immer nachvollziehbar“ sei (S. 267). Das Aufsichtspersonal habe – „gelegentlich mit einem gewissen Druck“ (S. 321) und Versprechungen – erreicht, dass sich viele Insassen zu Spitzeldiensten oder längerfristig als IM bereit erklärt haben, mitunter auch für die Zeit nach ihrer Entlassung. Die Formulierung – „nicht alle Insassen (seien) zu Spitzeldiensten bereit“ gewesen (S. 363) – muss der Leser so verstehen, als habe sich die

große Mehrheit derartigen Aktivitäten nicht entzogen. In Teilbereichen kann Polzin den entsprechenden Erfassungsgrad quantifizieren, wobei nach seiner Einschätzung ein Gesamtüberblick nicht möglich sei.

Polzin hat sich intensiv darum bemüht, die in Archiven vorhandenen Unterlagen zu allen Aspekten des Komplexes Schwedt einsehen zu können. Dabei wurde deutlich, dass Gefangenenakten weitgehend fehlen und Personalakten des früheren Verwaltungs- und Bewachungspersonals nach wie vor oft nicht zugänglich sind. Das Gefängnis war bis Frühjahr 1990 voll funktionsfähig. 1990 wurden 820 Akten von Häftlingen, die zwischen 1980 und 1990 entlassen worden waren, dem Ministerium für Abrüstung und Verteidigung (MfAuV unter Minister R. Eppelmann) übergeben – sie sind spurlos verschwunden (S. 125). Da noch ab April 1990 ca. 100 Bedienstete vor Ort waren, sei eine „weitgehend unkontrollierte Selbstaflösung“ ermöglicht worden und das Übergabeprotokoll vom August 1990 eine Farce gewesen (S. 371). Der MfS-Mitarbeiter Manfred Riesbeck, seit 1983 als „OibE für Sicherheit und Ordnung der Disziplinar-Einheit Schwedt“ zuständig, wurde im August 1990 zum Leiter des Gefängnisses berufen und war für die Auflösung von Schwedt zuständig. Nach Überzeugung Polzins hat er wesentlich dazu beigetragen, dass IM-Akten ab November 1989 „ausgedünnt“ bzw. vernichtet worden sind (S. 37, 263).

Bei der Verwendung von MfS-Unterlagen ist sich Polzin bewusst, dass Statistiken und Jahresberichte von MfS-Mitarbeitern vielfach modifiziert worden sind, sie seien „geglättet“ und „stimmig“ gemacht worden (S. 147). Auch die vorgeschriebenen Meldungen über „Besondere Vorkommnisse“ seien manipuliert worden – Informationen über bestimmte ursächliche Missstände sollten nicht „nach oben“ weitergeleitet werden. Wenn Polzin MfS-Material verwendet, geht er in der Regel von der Objektivität dieser Informationen aus.

Neben MfS-Statistiken und Überblicken schildert Polzin viele „Einzelfälle“, die allgemeingültige Erkenntnisse vermitteln sollen. Allerdings bleibt die Interpretation dieser Fälle oft ungenügend, so dass der Leser zu fragwürdigen Schlussfolgerungen gelangen kann. Beispielsweise wird erwähnt, dass

- das Personal die Insassen öfter vor IM's gewarnt habe (S. 301), sich der MfS-Offizier Knobelsdorf mindestens zweimal für Insassen eingesetzt habe (S. 281),

- nach Eingabe der Mutter eines Insassen 1986 ein Militärstaatsanwalt die Disziplinareinheit besucht habe (S. 212),

- ein Bediensteter von seinem Vorgesetzten angewiesen worden sei, den Briefwechsel zwischen einem Häftling und seinem Rechtsanwalt nicht zu behindern (S. 354),

- die Öffnung des Briefes eines Insassen an die Gefängnisleitung durch zwei Bedienstete erhebliche Konsequenzen nach sich gezogen habe (S. 351),

- einem potentiell Fahnenflüchtigen der Wehrdienst erlassen und die unehrenhafte Entlassung aus der NVA verfügt werden konnte (S. 365 f),

- bei der IM-Verpflichtung eines katholischen Häftlings dessen Glaubensgrundsätze berücksichtigt worden seien, wobei er freilich zuvor zugestimmt hatte, sich auch dem Pfarrer gegenüber an seine Schweigeverpflichtung zu halten (S. 346).

Mitunter irritiert Polzins Wortwahl, die – im Kontext des Komplexes Schwedt – als zumindest unpassend bezeichnet werden muss, beispielsweise

- die Äußerung eines NVA-Offiziers (im Zusammenhang mit den Sammeltransporten im „Grotewohl-Express“), auch bei Häftlingen müssten die „Menschenrechte beachtet“ werden (S. 373f),

- die Erwähnung des „tragischen Selbstmordfalls“ eines Aufsehers (S. 340),

- der Hinweis auf „neue Vergünstigungen“ durch das novellierte Militärstrafvollzugsgesetz von 1977 (S. 173),
- die Einstufung als „gravierendsten Fall“ MfS-interner Aktivitäten, dass ein MfS-Mitarbeiter Abschriften aus Liebesbriefen eines NVA-Offiziers an eine Krankenschwester angefertigt hatte (S. 336),
- die Qualifizierung einer geheimdienstlichen Mitteilung, wonach sich ein Oberstleutnant während eines Gespräches im Dienstzimmer über eine mögliche Abhöranlage geäußert hatte, als Anekdote (S. 265).

Problematisch ist, dass wichtige Hinweise in den Anmerkungen „versteckt“ sind, so dass sie manchem Leser entgehen dürften. Etwas ausführlicher hätte sich der Rezensent die Darstellung der Aktivitäten der SED-Organisation und der Militärstaatsanwaltschaft im Bereich des Gefängnisses gewünscht. In jedem Fall ist Polzins Studie ein wichtiger Baustein auf dem Wege zu einer realistischen Darstellung des Militärgefängnisses Schwedt.

Bernd Knabe

Rolf-Joachim Erler: Freiheit, die ich meine: Flagge zeigen! – Jugendjahre in den Fängen der DDR-Staatssicherheit, Zürich: Jordan-Verlag 2018, 198 S., 23 Euro.

Den Umschlag des Buches ziert die Schweizerflagge, mit ihr verbindet der Autor seinen Begriff von Freiheit. Ein ungewöhnliches Schicksal führte ihn von Sachsen über Cottbus und Zürich nach Berlin. Der Rezensent hat den Weg ohne den Abstecher in die Schweiz zurückgelegt und durfte dabei einige der im Buch erwähnten Stationen kennenlernen. In der Strafvollzugsanstalt Cottbus feilte er an derselben Werkbank für den VEB Pentacon Dresden die Gehäuse der auch im Ausland sehr beliebten Praktika-Kameras. Politische Häftlinge gab es viele in der DDR, aber einen, der dann Pfarrer in der Schweiz wurde und danach wieder nach

Deutschland zurückkehrte, wohl nur einmal. Rolf Erler beschreibt diese seltsame Lebensbahn sehr eindringlich und berührend, aber ohne den geringsten Ansatz der Wehleidigkeit. Der Vater des gebürtigen Dresdners war Soldat der US-Army in West-Berlin. Seine Mutter musste nach einer Denunziation ihre sächsische Heimat verlassen und Rolf wuchs bei den Großeltern auf. Sein Großvater war schon in der Weimarer Zeit Sozialdemokrat gewesen, das verabscheuten Nazis und Kommunisten gleichermaßen. Durch verwandtschaftliche Beziehungen seiner Patentante in die Schweiz kam er schon als Kind in ideellen Kontakt mit dem Alpenland, eine Schweizerfahne sollte er in Dresden allerdings nicht aus dem Fenster hängen, weil die Eidgenossenschaft als ein „mit dem USA-Imperialismus verbündeter Staat“ galt. Der Schulzeit in der Herrnhuter Brüdergemeinde und der Lehre als Augenoptiker in Dresden folgte ein Studium der Augenheilkunde an der Fachschule für Augenoptik in Jena. Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ war für ihn ein Schock, in der CDU-Ortsgruppe Dresden versuchte er dann seine christliche Überzeugung einzubringen. Die drohende Einberufung zur Armee bewog ihn zu einem waghalsigen Fluchtversuch im Kofferraum eines Opel-Rekord, der am 6. Oktober 1973 am Grenzübergang Marienborn endete.

Rolf Erler schildert dann die üblichen Vernehmungen durch die Staatssicherheit, sein Urteil von drei Jahren und zehn Monaten und den Haftalltag in Cottbus, wo er in der 28-Mann-Zelle 301 im „Erziehungsbereich 3“ mit wegen Fluchtversuchs verurteilten Ärzten und Ingenieuren und dem damaligen Maler Dieter Dombrowski, aber auch mit dem wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verurteilten Pfarrer Henning Gloege einsaß. Nach dessen Verlegung sprach Erler als ehemaliger Herrnhuter seinen Mitgefangenen wöchentlich das „Wort zum Sonntag“. Die Haft endete vorzeitig mit dem Freikauf

durch die Bundesregierung am 26. November 1975. Auf Anraten von Heinrich Albertz absolvierte Rolf Erler dann ein Theologie-Studium in Westdeutschland. Die Bundesregierung berief ihn 1982 in den „Stiftungsrat für ehemalige politische Häftlinge“. Dort wurde oft das ethische Problem diskutiert, ob Menschen der DDR abgekauft und so mit ihr Geschäfte gemacht werden durften und ob das Regime damit nicht sogar subventioniert werden würde; das Ergebnis war immer: „Sollen doch diese Ganoven ihr Geld bekommen. Wir beenden damit ein jahrelanges unschuldiges Elend und schenken damit Menschen Freiheit.“ Der Rezensent kann dem nur beipflichten: Die dreieinhalb Milliarden DM haben das SED-Regime nicht gerettet, aber sie haben 35 000 Gefangenen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Nach seiner Ordination in der Hannoverschen Landeskirche und zweijährigem Pfarrdienst wurde Rolf Erler Pfarrer in Zürich-Seebach. Er beschränkte sich aber nicht nur auf seine seelsorgerische Tätigkeit, sondern organisierte in seiner Gemeinde auch Vorträge vieler bedeutender Zeitgenossen. Er blickt auf die 27 Jahre Pfarrdienst in der Schweiz mit Dankbarkeit zurück. Vergessen hat er in dieser langen Zeit die DDR nicht. Nach Herstellung von Kontakten zur reformierten Gemeinde in Dresden durfte er seine schweizerischen Schäfchen im Mai 1989 bei einem Besuch seiner Heimatstadt begleiten und ließ sich dabei nicht verbieten, eine Schweizerflagge voranzutragen. Im Herbst folgte wegen seiner Publikationen zum Schweizer Theologen Karl Barth eine Einladung nach Tambach-Dietharz in Thüringen. Dort hatte Barth im September 1919 zum Thema „Der Christ in der Gesellschaft“ doziert. Nun sollte an dem Haus eine Gedenktafel eingeweiht werden. Erler sprach dabei über die theologische und historische Bedeutung des Vortrags. Darüber berichtete mit Namensnennung die *Neue Zeit*, das Zentralorgan der Ost-CDU, der einstigen Partei von Rolf

Erler. Er edierte später noch den Briefwechsel zwischen Karl Barth und Charlotte von Kirschbaum. Seit Februar 2014 ist Rolf Erler pensioniert und lebt nun als Auslandsschweizer in Berlin-Wilmersdorf. Ein Ruheständler ist er aber nicht. Die vierzehn zu ihm angelegten MfS-Akten mit ihren 3 000 Seiten boten genug Material für das vorliegende Buch, das auch einige Faksimiles enthält. Der Autor kann stolz darauf sein, dafür neben einem Verlag auch Sponsoren in der Schweiz gefunden zu haben. Das Buch ist ohne jede Polemik geschrieben und absolut glaubwürdig und wird hoffentlich in der Eidgenossenschaft sein Publikum finden. Dort erscheinen Memoiren ehemaliger politischer Gefangener der DDR ja eher selten.

Jesus sagte nach Matthäus 5 in seiner Bergpredigt: „Eure Rede sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“ Danach hat Rolf Erler gehandelt. Bei ihm sind Opfer und Täter klar benannt, ohne Zorn, aber auch ohne Verharmlosungen. Im Klappentext steht: „Ein brillant und einfühlsam verfasstes, versöhnliches Buch frei von Hass und Rachsucht, jedoch Recht, Gerechtigkeit und unbedingte Freiheit einfordernd.“ Das stimmt genau. Das Werk von Rolf Erler ist mehr als einer der auch wichtigen sonstigen Berichte politischer Häftlinge der DDR, weil der Weg vom Zuchthäusler zum Pfarrer eben außergewöhnlich war. Noch besser als das Buch nur zu lesen, ist es, das Buch vom Autor präsentiert zu bekommen, wie es im DDR-Museum am 11. Januar 2019 sehr beeindruckend unter der Moderation des Schweizer Journalisten Ricardo Tarli geschehen ist.

Enrico Seewald

Peter Joachim Lapp: Gesellschaft für Sport und Technik – Schule der Soldaten von morgen. Militärpolitische Studie einer DDR-Wehrorganisation, Aachen: Helios 2018, 166 S., 22 Euro.

Zur Gesellschaft für Sport und Technik liegen bislang einige Untersuchungen (aus ostdeutscher Sicht und von Insidern) vor. Nun hat sich der (west-ostdeutsche) Wissenschaftler Peter Joachim Lapp, bekannt durch seine Studien zum DDR-Grenzregime, mit der DDR-Wehrorganisation befasst. Im Schwerpunkt widmet sich Lapp der Hauptaufgabe der 1952 gegründeten Gesellschaft für Sport und Technik (GST) – der Vorbereitung aller sechzehn- bis achtzehnjährigen männlichen Schüler und Lehrlinge in der DDR auf den militärischen Dienst. Er schildert, wie sich der Verband infolge politischer Zäsuren (Mauerbau, DDR-Wehrpflichtgesetz, Einführung des Wehrunterrichts) veränderte und hochrangige DDR-Militärs seit 1968 die Schlüsselfunktionen besetzten. Zunächst ging es im Verband noch „recht locker zu und die vormilitärischen Anforderungen blieben überschaubar“. Jungen und Mädchen trafen sich gemeinsam in den Sektionen und Stützpunkten der GST, außerhalb der Kontrolle der Schule und des Elternhauses. Die Rezensentin kennt diese Atmosphäre in der GST auf dem Lande auch noch in den späten 1970er Jahren aus eigener Erfahrung. Der Slogan „Der Friede muss bewaffnet sein“ galt als Maxime in der GST. Nach dem Mauerbau und der Einführung der Wehrpflicht 1962 sollte die gesamte DDR-Jugend „auf die Verteidigung der DDR“ vorbereitet werden. Was sich bislang als Freizeitsport verstehen ließ, entwickelte sich zu einer Vorschule der DDR-Streitkräfte, dem sich in den 1980er Jahren kaum ein männlicher Lehrling oder Schüler entziehen konnte. Dass die GST zu den „Organen“ des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ im SED-Regime zählte und zugleich Inoffizielle MfS-Mitarbeiter wichtige Kontrollfunktionen besetzten, gehörte, wie der Autor schreibt, zu dem sich ausweitenden

Kontrollwahn dieser Zeit. Die in Lapps Darstellung behandelten Aspekte der GST-Tätigkeit sind insbesondere dreißig Jahre nach dem Ende des SED-Regimes von Belang, da die Militarisierung in der DDR aus den Erinnerungswelten weitgehend verschwunden ist und auch in der Geschichtsforschung wenig Beachtung findet.

Die Gründung der GST ging auf einen Beschluss des SED-Politbüros zurück. Schriftgut fand der Autor dazu im Bundesarchiv überliefert. Das erste (1952) und letzte GST-Statut (1982) sind im Buch in Auszügen abgedruckt. Lapp erwähnt auch die wissenschaftlichen Arbeiten, die an der MfS-Hochschule und im Zentralinstitut für Jugendforschung der DDR zur GST und zur vormilitärischen Ausbildung der DDR-Jugend entstanden. Von Anfang an hätten der paramilitärische Gelände- und Schießsport als wichtigste Disziplin gegolten, auch wenn ein großer Teil der DDR-Bevölkerung die GST eher als Fahrschule wahrnahm und der Motorsport besonders bei jungen Leuten beliebt war. Mit Einführung der Wehrpflicht 1962 hätte sich das Innenleben der GST jedoch verändert, Disziplin und Ordnung eine immer größere Rolle gespielt. Schließlich löste nach einem ZK-Beschluss vom 24. Januar 1968 eine Gruppe aktiver Offiziere der NVA die zivile GST-Leitung ab und der Verband wurde „materiell, kadermäßig, anleitungs- und kontrollmäßig“ dem Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR unterstellt. Nach Lapp stellte dieser Beschluss zugleich die Weichen für eine militärische Profilierung des Verbandes.

Lapp stellt aber auch klar, dass die Entwicklung der Organisation hin zu einer „Schule der Soldaten von morgen“ nicht störungsfrei verlief. Ein Teil der Lehrerschaft in den polytechnischen Oberschulen der DDR verhielt sich gegenüber der vormilitärischen Ausbildung minderjähriger Schüler zurückhaltend, manche Betriebsdirektoren unterstützten die GST-

Arbeit kaum, selbst regionale SED-Gremien zeigten mitunter wenig Interesse am Verband. Und besonders bei den Jugendlichen hielt sich die Freude über die Einführung von militärischen Umgangsformen in der Ausbildung in Grenzen. Aus diesen Gründen hätte die DDR-Regierung lange Zeit auf ein Gesetz zur vormilitärischen Ausbildung verzichtet, weil es unmöglich gewesen sei, Minderjährige dazu zu verpflichten. Vertreter von Partei, Militär, FDJ und GST hätten sich zunächst auf einen Kompromiss geeinigt: Die GST beschränkte sich auf die vormilitärische Ausbildung aller männlichen Lehrlinge der Berufsschulen und Schüler der zwölfklassigen erweiterten Oberschulen (EOS), während der Jugendverband FDJ die Leitung der Wehrerziehung an den POS außerhalb des Unterrichts übernahm. Der GST sollte dabei eine unterstützende Tätigkeit zugekommen sein. Was das in der Praxis bedeutete, kommt im Buch leider zu kurz.

Mit der „Vereinbarung über die Weiterentwicklung der sozialistischen Wehrerziehung der Lehrlinge“ von 1978 wurde für alle männlichen Lehrlinge die Teilnahme an der vormilitärischen Ausbildung verpflichtend, weibliche Lehrlinge und diejenigen jungen Männer, die aus gesundheitlichen Gründen an den GST-Lagern nicht teilnehmen konnten, erhielten eine Sanitätsausbildung durch das DRK der DDR. Diese Regelung fand im Arbeitsgesetzbuch ihren Niederschlag. Praktisch hatte das zur Folge, dass Nichtteilnehmer keinen Berufsabschluss erhalten hätten. Mit der Einführung des Wehrunterrichts in den Klassen 9 und 10 der POS ab Herbst 1978 führte das DDR-Volksbildungsministerium die vormilitärische Ausbildung für minderjährige Schüler ein. 1982 stellte die DDR-Regierung mit dem neuen Wehrdienstgesetz die vormilitärische Ausbildung auf eine gesetzliche Grundlage. Das bedeutete, wie Lapp schreibt, dass mehr als vier Millionen sechzehn- bis achtzehnjährige männliche Schüler und Lehrlinge die vormilitärische

Ausbildung in den GST-Lagern durchliefen.

Wie erfolgreich die GST in der DDR mit ihren Ausbildungsmaßnahmen war, schildert Lapp im interessantesten Kapitel seines Buches. Es fußt auf Befragungen von männlichen Jugendlichen, die an vormilitärischen Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen hatten, durch das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig in den späten 1980er Jahren. Fast alle Teilnehmer der Befragungen hätten ein ungutes Gefühl beim Gedanken an den bevorstehenden Armeedienst erkennen lassen. Im Jahre 1986 war die Hälfte aller Lehrlinge der Auffassung, dass jeder männliche Bürger seinen Wehrdienst leisten müsste, 1989 vertraten noch 19 Prozent diese Meinung. Während 1975 ganze 49 Prozent aller Lehrlinge einer „einschränkungslosen Verteidigungsbereitschaft“ zustimmten, sank die Zustimmung bis Frühjahr 1989 auf 16 Prozent.

Obwohl die Verantwortlichen der SED und GST lange den Doppelcharakter des Verbandes herausstellten – die wehrsportliche Komponente und die vormilitärische Ausbildung – gingen sie 1987 dazu über, den friedlichen Charakter der GST zu dokumentieren. Doch dazu war es offenbar zu spät, wie Lapp schreibt. Die vormilitärische Ausbildung und das Verständnis für das „Soldatsein im DDR-Sozialismus“ hatten eine Negativierung erlebt, die nicht mehr aufzuhalten war. Wie das SED-Politbüro ignorierte auch die Führungsspitze der GST die Zeichen der Zeit im Jahr 1989. Anders die Mitglieder und Ausbilder an der Basis, die längst erkannten, was die Stunde geschlagen hatte. All das schildert Lapp in diesem gut lesbaren Buch. Eine Zeittafel, Zahlen zu Planstellen und Mitgliedern der GST und eine Übersicht zu einschlägigen Verordnungen runden den gelungenen Band ab.

Angela Schmole

Frederike Schotters: Frankreich und das Ende des Kalten Krieges. Gefühlsstrategien der *équipe* Mitterrand 1981–1990, Berlin/Boston: Walter de Gruyter 2019, 474 S., 59,95 Euro.

Aus deutscher Sicht wird das Ende des Kalten Krieges, vom Paradigmenwechsel in der Sowjetunion seit dem Aufstieg Michail Gorbatschows zum ersten Mann der KPdSU 1985 abgesehen, zumeist im Zusammenspiel zwischen Bonn und Washington gesehen, darunter nicht zuletzt das Angebot von Präsident George Bush, ziemlich genau ein halbes Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer, an seinen Partner Helmut Kohl, die Bundesrepublik möge als amerikanischer Partner „Partnership in Leadership“ (Pia Molitor) für sich in Anspruch nehmen und tatkräftig gegenüber dem zunehmend in Gärung befindlichen Osteuropa demonstrieren. Die hier vorzustellende Arbeit stellt im Kontrast dazu den Standort Paris mit Präsident François Mitterrand und seiner Mannschaft im engsten Sinne in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen, zuständig für die französische Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Wahlsieg des ersten sozialistischen Präsidenten der Fünften Republik 1981. Die Arbeit ist als Dissertation bei Wilfried Loth entstanden und das so begründete Dependenzverhältnis zum Doktorvater, polemisch-süffisant könnte man sagen, die Eierschalen, prägt Darstellung, Verweise, Duktus wie theoretische Prägung dieser Dissertation. Das Literaturverzeichnis weist allein über eine volle Druckseite zwanzig Arbeiten des Doktorvaters aus, ein wenig mehr Pluralität im Hinblick auf die Vielfalt von Deutungen und Narrativen des Kalten Krieges hätte insofern nicht geschadet und wäre hoffentlich doch auch durch den Doktorvater verziehen worden. Ebenso auffällig ist, dass so manches Standardwerk über das Jahrzehnt ab 1981 mit den Peripetiejahren 1989/90 fehlt, an erster Stelle, wie immer man im Einzelnen dazu auch stehen mag, das voluminöse Buch von Werner Weidenfeld über den internationalen Kontext

der deutschen Wiedervereinigung (Außenpolitik für die deutsche Einheit). Positiv wird man hingegen in jedem Fall festhalten dürfen, dass die Autorin ein erstaunliches Quellencorpus durchforstet hat, sie hat wohl in den Pariser Archiven alles durchsucht, was derzeit greifbar ist. Dazu unter den gedruckten Quellen an erster Stelle die berühmten Bände „Verbatim“ des Mitterrand-Beraters Jacques Attali.

Etwas Kopfzerbrechen bereitet der Begriff der „Gefühlsstrategien“. Gemeint ist damit wohl eine Kultur der Interaktion auf der höchsten internationalen Akteurs-ebene, bei der nicht allein messbare Größen (militärstrategische wie ökonomische Parameter) und abstrakte Kategorien von „Gleichgewicht und Hegemonie“ zum Tragen kommen, sondern in besonderer Weise die Vermittlung von Empathie, positiv von Vertrauen, negativ aber auch Drohgebärden und schlicht der Faktor Angst bzw. Besorgnis: Ein aus deutscher Perspektive erstrangiges Beispiel dafür ist die Reaktion François Mitterrands auf den von Helmut Kohl am 28. November 1989 im Bundestag vorgetragenen „Zehn-Punkte-Plan“ mit der Zielvorstellung eines neuen bzw. wiederhergestellten gesamtdeutschen Bundesstaates. Mitterrand, darüber schwer irritiert, zum einen, weil vollkommen überrascht, zum anderen, da in dieser Phase einer schnellen deutschen Wiedervereinigung gegenüber reserviert bis ablehnend eingestellt, parierte wenige Tage später Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Paris gegenüber mit dem Verweis auf die Bündniskonstellationen in Europa bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 1913/14: Das war sehr offen, um nicht zu sagen brutal formuliert. Denn Mitterrand erinnerte an eine Lage auf dem Kontinent, in der Deutschland „mitten in Europa“ durch drei relevante Großmächte politisch und sodann militärisch „belagert“ wurde, Frankreich, Großbritannien und Russland, selbst ohne Bündnispartner von vergleichbarem Gewicht. Nun war

Mitterrand weder ökonomisch noch historisch Fachmann im unmittelbaren, professionellen Sinn. Was er hier kolportierte bzw. zu kolportieren versuchte, war vielmehr so etwas wie die emotionale und zugleich intellektuelle Erfahrung seiner eigenen Biographie samt der Narrative, mit denen er aufgewachsen war, naturgemäß an prominentester Stelle der Erste Weltkrieg. Gewiss, das alles zählte, nicht zuletzt in den europäischen Umbruchjahren 1989/90. Trotzdem wird man sich schwer tun, wirklich zu quantifizieren, welche Rolle diese persönlichen Chemien im Einzelnen hatten, auch wenn zugleich naturgemäß zuzugestehen ist, dass ihnen bei Helmut Kohl prinzipiell eine mindestens ebenso große Bedeutung zukam. Es reicht aber gewiss nicht, die Bedeutung solch weicher gegenüber harten, messbaren Faktoren zu postulieren; bei aller Mühe, die sich die Autorin hier gegeben hat, wäre es vermutlich sinnvoll, ja notwendig, in weiteren Schritten darüber hinauszugehen und das Bild zusätzlich zu verdichten.

Die Arbeit beschreibt die Dekade französischer Außenpolitik von 1981 bis zu den Anfängen einer sich allmählich neu bildenden europäischen Topographie nach deutscher Wiedervereinigung und Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. Mitterrands Wahlsieg 1981 beendete die Hegemonie der bürgerlichen Parteien in der französischen Fünften Republik, und er gründete auf einem Bündnis mit der Kommunistischen Partei Frankreichs, die er geschwächt und damit für eine Koalitionsregierung domestizierbar gemacht zu haben glaubte. Kommunistische Minister in Paris, wenn auch von den sicherheitsrelevanten Ressorts ferngehalten, stellten damals in der westlichen Welt einen Faktor der Irritation, ja der Verunsicherung dar. (Im Folgejahr 1982 war in Bonn das Koalitionskabinett Helmut Kohls mit Unionsparteien und FDP an die Macht gelangt. Der Autor dieser Rezension erinnert sich, gewissermaßen als „Zeitzeuge“, damals im kleinen Kreis den neuen Bundesverkehrsminister Werner Dollinger erlebt

zu haben. Dollinger wurde intensiv daraufhin befragt, wie sich denn die Kooperation mit seinem französischen Kollegen im Pariser Verkehrsministerium anlasse, der Kommunist war, und Dollinger erzählte aus einer Welt, die damals ziemlich schräg anmutete: Das sei eigentlich ein netter Mensch, mit dem man gut und kultiviert essen gehen könne und der nicht den Eindruck vermittele, über Nacht die Weltrevolution auslösen zu wollen. In CSU-Kreisen erschien das damals als so etwas wie ein exotischer neuer Orbit.)

Die Struktur des sozialistisch-kommunistischen Koalitionskabinetts in den Anfängen der Ära Mitterrand und die scharfe sozialistische Wendung seiner Politik mit Vergesellschaftungen veranlassten den neuen Präsidenten, in Washington zumindest außen- und sicherheitspolitisch als unbedingt verlässlich erscheinen zu wollen. Bevor sich Mitterrand somit auf den Weg einer dezidiert europäischen und atlantischen Politik, etwa auf den Spuren Charles de Gaulles, machte, versuchte er zumindest, Vertrauenskapital in Washington zu aggregieren – und das gelang in der Konstellation der frühen achtziger Jahre am ehesten dadurch, dass er die amerikanische Politik in der Nachrüstungsfrage vorbehaltlos unterstützte. So kamen Mitterrand und Roland Reagan außenpolitisch zunächst bemerkenswert gut miteinander aus, was immer der amerikanische Präsident und seine Mannschaft auch von der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Sozialisten Mitterrand im Pariser Élysée halten mochten.

Zudem hatte Paris in dieser Phase ein erst-rangiges Spezialanliegen: Der authentische Ausdruck französischer Souveränität (und französischen Großmachtsanspruches), die völlig eigenständige Verfügung (und Quantifizierung) über das eigene Nuklearwaffenpotenzial sollte keinesfalls zur Komponente unter anderen im amerikanisch-sowjetischen Nuklearschach abgestuft werden. Hier lag das vielleicht zentrale Element gaullistischer Kontinui-

tät in der Politik Mitterrands. Die französische (und mit ihr britische) Politik war an dieser Stelle bis zum INF-Vertrag von 1987 zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow, der die Mittelstreckenproblematik durch eine Nulllösung beseitigte, erfolgreich. An dieser Stelle zeigt sich aber auch, wie aktuell der Blick auf die achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts anmuten mag: Im deutsch-französischen Verhältnis ist es weder damals noch in den gegenwärtigen Zeiten unter Präsident Emmanuel Macron gelungen, eine substanzielle deutsche Partizipation an den französischen Nuklearstrategien zu erreichen. Die deutsch-französische Militärkooperation, je weiter sie auch immer intensiviert werden mochte, blieb bis in die Gegenwart im konventionellen Bereich haften. Zwischen den Zeilen klingt auch in der vorliegenden Arbeit an, dass in diesem existenziellen Bereich Washington mit der nuklearen Planungsgruppe, an der die deutsche Seite beteiligt war und ist, gegenüber Bonn generöser und transparenter war als Paris. Auch in anderer Hinsicht zeigt sich die Aktualität der achtziger Jahre: Mitterrand hatte mit einem sehr nationalen Sozialismus begonnen, der schnell an die Wand gefahren wurde – viel ökonomische Kompetenz und Prognosefähigkeit waren nicht erforderlich gewesen, um dies vorauszusehen. Im sozusagen nächsten Schritt begann er, einen europäischen Sozialraum zu postulieren. Polemisch formuliert, einen etatistischen Schonraum gegen die Herausforderungen der Weltwirtschaft, wie er nun einmal so gerne in Paris konstruiert wird. (Für die achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts kann zwar noch nicht von „Globalisierung“ gesprochen werden, an erster Stelle deshalb nicht, weil China noch kein relevanter Faktor der Weltwirtschaft war. Als eine Art Vorstufe wurde aber zusehends die „Triade“ wirkmächtig, das Konkurrenzverhältnis Europas mit Nordamerika und der damaligen Aufsteigerin Japan samt den so genannten kleinen Tigern wie Taiwan und Singapur. Die

Rekonstruktionsphase in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg war jedenfalls zu Ende, der alte Kontinent tat sich auf den Weltmärkten härter, Branchen wie Unterhaltungselektronik, EDV in ihren Anfängen und Automobilproduktion samt Stahl und Schiffbau gerieten immer mehr in die Defensive.)

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind nun offenkundig nicht die Domäne der bei Wilfried Loth ausgebildeten Autorin, diese Sphäre sollte freilich zumal in weiteren Schritten stets mit bedacht werden. Die zunehmend antiatlantische Wendung der französischen Politik fand ihren Niederschlag nicht zuletzt in der Ablehnung des amerikanischen SDI-Projektes. Das weltraumgestützte Antikernwaffensystem der USA lehnte Paris aus zweierlei Gründen ab: Zunächst einmal drohte es den militärischen Stellenwert der vorhandenen Kernwaffensysteme gründlich zu entwerten, hier saß Mitterrand mit einem Mal im selben Boot mit der sowjetischen Führung in Moskau, die von derselben Besorgnis erfüllt und sich außerstande sah, einen neuen Rüstungswettlauf in dieser Dimension aufzunehmen. Zum anderen drohte SDI, den allgemeinen technologischen Vorsprung der Amerikaner gegen Europa zu forcieren bzw., wenn die Europäer hier mitmachten, diese in technologische Gefolgsleute der Amerikaner zu verwandeln. Auch diese Form von Leadership wollte Paris unter keinen Umständen akzeptieren und setzte deshalb das europäische Projekt EUREKA aufs Gleis. Bonn befand sich hier im selben Dilemma wie bereits in den alten Zeiten von Gaullisten und Atlantikern in den sechziger Jahren: Weder den Amerikanern noch der französischen Seite konnte es die westdeutsche Außenpolitik in dieser Situation recht machen. Helmut Kohl, so sehr er auch Mitterrand immer näherkam, war klug genug, hier nicht allein auf die französische Karte zu setzen.

Aus dem französischen Plädoyer für einen europäischen Sozialraum entwickelte sich im weiteren Verlauf der achtziger Jahre bis hin zu deren Ende das Konzept einer

Wirtschafts- und Währungsunion mit schließlich einer europäischen Währung, die die bisherige de facto-Leitwährung auf dem Kontinent, die D-Mark, und damit die zentrale westdeutsche Machtressource überwinden sollte. Auch die Studie von Frederike Schotters, obwohl hier kein zentraler Schwerpunkt liegt, macht im Ergebnis deutlich, dass der ganze deutsche Wiedervereinigungsprozess, welcher im Herbst 1989 unversehens in Gang kam, dieses Konzept zwar keineswegs inaugurierte, aber schließlich doch enorm forcierte. Ohne Wiedervereinigung, das kann man auch hier schließen, wäre der Euro sehr viel verzögerter und möglicherweise auch unter anderen Rahmenbedingungen gekommen. So war er eben doch das zentrale Vehikel, um die zwischen Mitterrand und Kohl seit dem Mauerfall entstandenen Irritationen ab Frühjahr 1990 wieder zu beseitigen.

Dass François Mitterrand wie auch Margaret Thatcher der deutschen Wiedervereinigung reserviert gegenüberstanden, dass sie hier vielfach in den europäischen Konfliktmustern aus der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts dachten, ist heute Allgemeingut und unbestreitbar. Dies vorausgesetzt, ergibt sich bei Frederike Schotters im Blick auf den französischen Staatspräsidenten etwa folgendes Bild: Mitterrand habe einen gesamteuropäischen Ansatz vertreten, und ihm sei klar gewesen, dass ein deutsches nationales Zusammenwachsen auf lange Sicht wohl nicht zu verhindern sei. Zumindest aber hätten zwei Vorbedingungen erfüllt sein müssen: Zunächst eine weiter verdichtete europäische bzw. auch gesamteuropäische Integration, um die deutsche Einbindung unumkehrbar zu machen, und erst am Ende dieses europäischen Prozesses eine nationale deutsche Lösung. Zum zweiten, dies sah Margaret Thatcher bekanntlich nahezu identisch, sollte unter keinen Umständen durch ein deutsches Vorpreschen die Position Michail Gorbatschows in Moskau gefährdet werden.

Die Sorge vor einem sowjetischen General im Kreml, der die Staatsgeschäfte des roten Imperiums übernehmen werde, war wohl in London wie in Paris tatsächlich vorhanden. Mitterrand musste vor allem deshalb lernen, sich neu zu arrangieren, weil anders als die westeuropäischen Großmächte die Weltmächte ein anderes Spiel spielten: Die USA standen aufseiten Helmut Kohls, sie wollten die deutsche Wiedervereinigung als Ausdruck ihres Sieges im Kalten Krieg, Michail Gorbatschow kapitulierte gegen Ende Januar 1990 vor der dynamischen Entwicklung auf deutschem Boden; die immer weiter eskalierenden Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion waren in dieser Phase sein erstrangiges Problem, nicht die Lage zwischen Rhein und Oder, und für die zusehends kollabierende sowjetische Wirtschaft setzte er auf deutsche Unterstützung. Das zwang Mitterrand wie Thatcher zu Anpassungsprozessen: Während Thatcher, persönlich weiter schmollend im Abseits, zumindest ihren außenpolitischen Apparat konstruktiv am Zwei-plus-Vier-Prozess mitarbeiten ließ, ging Mitterrand in die Offensive und forcierte die weitere, immer engere europäische Integration mit Deutschland als Partner, dessen nationalstaatlicher Spielraum deutlich beschränkt wurde – mit dem vollen Einverständnis Helmut Kohls.

Hier soll diese Geschichte enden: Es ist ein nicht einfach zu lesendes Buch, mit etwas viel Methodik und Theorie, bei der man sich mitunter fragt, ob sie auch tatsächlich immer aufgearbeitet oder nur terminologisch ausgebreitet ist. Sei es drum: Vieles an den Paradigmata der achtziger Jahre erweist sich auch für die heutigen atlantischen und europäischen Verhältnisse als durchaus erkenntnisfördernd, und dass man das heutige deutsch-französische Verhältnis nicht nur als Paarung im Streichelzoo sehen sollte, wird der kritische Leser durchaus mit Gewinn ableiten können.

Peter März

Steffen Mau: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp 2019, 286 S., 22 Euro.

Unter Rückgriff auf wissenschaftliche Literatur, selbstgeführte Interviews sowie das „Selbsterlebte“ (18) nimmt Steffen Mau, Soziologe an der Humboldt-Universität zu Berlin, die Wiedervereinigung in den Blick. *Lütten Klein* – ein typisches Neubaugebiet in Rostock – bezeichnet den Ort, an dem er aufwuchs, wobei es gleichzeitig „die Erfindung der sozialistischen Stadt [...] mit typischen Lebenswegen und Lebensweisen“ (19) verkörpert. Da das Buch auf Paradoxien, Widersprüche und Friktionen fokussiert, ist es „absichtsvoll einseitig“ (14), ohne positive Entwicklungen zu leugnen. Dem Fortgang der Geschichte entsprechend ist die vorliegende Gesellschaftsanalyse entlang von 1989 zweigeteilt.

Der erste Teil beschreibt anhand unterschiedlicher Themenkomplexe die Gesellschaft der DDR. Dem Titel folgend kommt dabei zunächst der Neubau in den Blick: Ist die „Platte“ heute mit sozialer Prekarität verbunden, galt der Neubau in der DDR, wenn auch nicht als Sehnsuchtsort, so doch als attraktiv. Es gab wenige „wohnbezogene Formen der sozialstrukturellen und statusmäßigen Segregation“ (36). Mau zeichnet das Bild einer homogenen Werktätigengesellschaft, deren Lebensweise weder vertikale Ungleichheiten noch horizontale Diversifizierung produzierte. Selbst in den Siedlungen des Politbüros herrschten weder Luxus noch kulturelle Distinktion, ihr „Lebensstandard ragte kaum über den einfacher Mittelschichthaushalte in Westdeutschland hinaus“ (65). Zweifelhaft war vielmehr ihre Selbstgettoisierung. „Die geringe Differenzierung des ‚Habens‘ und die insgesamt nur schwach ausgeprägten Distinktionspraktiken untermauerten das soziale Gleichheitsgefühl.“ (67) Natürlich war die DDR keine klassenlose Gesellschaft, allerdings nivellierte sie starke materielle

Ungleichheiten nach unten, was auch leistungssteigernde Ungleichheit reduziert. Dabei verstopften im Zeitverlauf die Mobilitätskanäle der DDR zusehends. Hatte es zu Beginn aufgrund starker Elitendiskontinuität und massenhafter Abwanderung einen „wahren Mobilitätssog nach oben“ (54) gegeben, war die DDR gegen Ende „eine sklerotische Gesellschaft: überaltertes Führungspersonal, politisch motivierte Rekrutierungs- und Beförderungspraktiken, ein dicht gedrängter Wartestand der nachwachsenden Generationen und ein demotivierendes Belohnungssystem“ (62).

Während sich alternativen Lebens- und Wohnformen oder gleichgeschlechtlichen Beziehungen kaum geöffnet wurde, ging man mit der Ehe etwas entspannter um (als es in der Bundesrepublik üblich war). Obzwar einige traditionell männliche Berufe für Frauen geöffnet wurden, drangen nur wenige in Spitzenpositionen vor. „Dennoch: Am Ende der DDR waren immerhin ein knappes Drittel der Volkskammerabgeordneten Frauen (Bundestag 15 Prozent), in der Richterschaft lag der Frauenanteil gar bei 50 Prozent (Bundesrepublik 18 Prozent), 38 Prozent der Doktoranden waren weiblich (Bundesrepublik 26 Prozent). Die Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die Angleichung ihrer Berufsbiografien an die der Männer bedeutete jedoch keinesfalls, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Private aufgehoben worden wäre.“ (74) Auch die Bevölkerungsentwicklung der beiden deutschen Staaten verlief unterschiedlich: Die DDR war eins der wenigen entwickelten Länder, das schrumpfte. Solch unterschiedliche Gesellschaften und Kulturen sind nur vor dem Hintergrund der innerdeutschen Grenze denkbar. Unterschiede, die sich auch in Bezug auf verschiedene Identitätskonzeptionen konstatieren lassen. Obwohl in der DDR „die Lehre der ‚zwei deutschen Nationen‘ [galt], wobei die eine das gute Deutschland verkörperte und die andere als Nach-

folgestaat von Nazideutschland geschmäht wurde. [...] Stellt man die Westbindung, die Rolle des Verfassungspatriotismus und die migrationsbedingten gesellschaftlichen Metamorphosen in der Bundesrepublik in Rechnung, war die DDR in gewisser Hinsicht das ‚deutschere Deutschland‘.“ (94) Ausländerinnen und Ausländer machten zum Zeitpunkt des Untergangs der DDR lediglich ein knappes Prozent der Bevölkerung aus. Fremdenfeindliche Angriffe waren keine Seltenheit. „Aufgrund der jahrzehntelangen Abschottung und der starken Homogenisierung wurde der Umgang mit Fremdheit und Differenz kaum eingeübt.“ (98) Resümierend hält Mau fest, dass es sich bei der DDR nicht um eine total „durchherrschte Gesellschaft“ gehandelt habe, „die das gesamte Leben kontrolliert und keine Freiheiten kennt, auch kein totalitäres Regime, das vor allem durch Einschüchterung und permanente Angsterzeugung Folgebereitschaft herstellt.“ (100 f.) Der DDR-Alltag sei stattdessen von weitreichender Normierung und Ritualisierung geprägt gewesen, es könnte angefügt werden: zumindest für die Mehrheitsgesellschaft.

Ähnlich strukturiert wie der erste Teil behandelt der zweite die Vorgänge während und nach der Friedlichen Revolution. Dabei analysiert Mau Übergang und Zusammenbruch als „kollektiven Schock, der allen Beteiligten die Endlichkeit eines Gesellschaftsgebildes vor Augen führt“ (113), dessen kollektive Handlungsmacht jedoch gleichzeitig berauschte. Ferner weist er auf auch formell defizitäre Elemente hin: Trotz des starken Wunschs nach Einigung liege im Falle der letzten Volkskammerwahl ein „eklatanter Fall der Einmischung“ (123) vor. Die DDR kollabierte politisch in „den Schoß der Bundesrepublik“ (124). Die Ostdeutschen wurden in die Rolle passiver Beobachter gedrängt, die realsozialistische Konjunkturmasse an die potentere Übernahmegesellschaft ausgeliefert – der Einigungsvertrag glich einer bedingungslosen Kapitulation. Zunächst hatte man angenommen,

dass es durch eine Effektivitätsdemonstration zu einer mentalen Einpassung kommen werde, allerdings „können auch die Institutionen und ihre Funktionalität selbst in Mitleidenschaft gezogen werden“, wenn „neue Institutionen“ zu ‚alten Individuen‘ kommen“ (143) Das politische Projekt sei durch das nationale immunisiert worden.

Durch die Einführung der Marktwirtschaft wurden bisher abgeschirmte Bereiche den Imperativen des Marktes unterworfen, was meist mit einer Zerstörung bestehender Strukturen einherging. „Allein von 1989 auf 1990 brach die Industrieproduktion der DDR um über vierzig Prozent ein [...]; die ersten Entlassungswellen trafen die Menschen aus heiterem Himmel.“ (150) Die ostdeutschen Betriebe wurden „zur verlängerten Werkbank westdeutscher Unternehmer, es kam zu Deindustrialisierung in der Fläche und regionaler Verödung“ (154), Menschen wurden „aus dem gesellschaftlichen Kern in den Außenbereich geschleudert“ (156). So hinke die ostdeutsche Wirtschaftskraft bis heute hinterher; die Lohnkonvergenz sei sogar zum Stillstand gekommen. „War in Artikel 72 Grundgesetz einst das Handlungsziel ‚einheitlicher Lebensverhältnisse‘ verankert, wurde das Adjektiv ‚einheitlich‘ 1994 durch das interpretationsoffenerere ‚gleichwertig‘ ersetzt.“ (163). Nichtsdestotrotz ist die mentale Lage gespalten. Auf der einen Seite der Verlust der relativen Stellung im Statusgefüge, auf der anderen die Verbesserung in Bezug auf Lebensstandard und Konsummöglichkeiten.

Die Mobilitätsblockade der DDR wurde nach 1989 vertieft, wie der dreimal so große Anteil an Abstiegen im Vergleich zu Aufstiegen illustriert. „Statt auszuheilen, ist die Erstarrung mit einem weiteren Bruch überlagert worden, [...]“ (172) Dies zeitigt fatale mentale Konsequenzen: Die ostdeutsche Gesamtfertilitätsrate lag nach der Wende bei 0,77 Kinder pro Frau, einem historisch einmalig niedrigen Wert

(selbst 1915/16, 1942 lag sie höher, obwohl sich dort die seit 1910 stärksten Ausschläge nach unten finden). Mau argumentiert weiter, dass „kulturelle und soziale Prägungen [...] [ein] politisches System überleben“ (190). Allgemeiner auf die „Mentalen Lagerungen“ (so ein Kapitelname) reflektierend hebt er hervor, dass der Kollaps des Systems von unterschiedlichen Generationen unterschiedlich (gut) verkraftet wurde. Allerdings sei nicht zu erwarten, dass sich die ostdeutsche Mentalität einfach ausschleiche. Die „Nicht-Akzeptanz bestimmter Erfahrungen“ führe bei „ehemaligen DDR-Bürgern zu kulturellen Kränkungen“ (206). Die Gleichsetzung von System und Alltagserfahrung mache ein „differenziertes Gespräch [...], das auch dem Facettenreichtum, den Unschärfen und Tücken der Biografien Gerechtigkeit wiederfahren ließ“, schwer. „Das Selbstverständliche, das Unhinterfragte, so empfanden es viele, war immer nur der Westen.“ (208)

Mau wendet seinen Blick auch auf die Problematik des Rechtsextremismus. Er beleuchtet die Vorfälle im Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen und geht den Wahlerfolgen der AfD nach. Dabei stellt er die These „eines vornehmlich von der etablierten Mittelschicht getragenen Kulturkampfes infrage“ (228), fand die AfD doch „überproportionale Unterstützung“ bei den „unteren Gruppen“ (228). Ferner sei vieles, das „als ‚Kulturkampf‘ erscheint, [...] ökonomisch grundiert“ (231). Darüber hinaus erkennt er die beschriebenen „*gesellschaftlichen Frakturen*“ (245) als konstitutiv für das Gedeihen von Ressentiments: „Die industriegesellschaftliche Prägung der DDR, die unterentwickelte demokratische Tradition, der schwache soziale Status, die Elitendefizite, das unvollständige gesellschaftliche Einwurzeln der Zivilgesellschaft, die großflächige Freisetzung und auch die demografische Schieflage“ stellen wichtige Faktoren dar. „Ebenso schwer wiegen jedoch die erlebten Veränderungszumun-

gen und das Gefühl der kulturellen Entwertung.“ (233) Leider gibt Mau keine „konkreten Reparaturempfehlungen“, sondern versteht seine Diagnose als „Einladung zur Reflexion über den Transformationspfad und Konstitution des ostdeutschen Lebenszusammenhangs“ (248).

Im Rahmen seiner „Rückkehr nach Lütten Klein“ bietet Mau eine wissenschaftlich informierte, persönliche Gesamtschau der Vorgänge vor und nach 1989, die vor allem durch gesellschaftsanalytische Schärfe brilliert. Dabei wendet er sich einem Großteil der gesellschaftlichen Aspekte der ostdeutschen Gesellschaft zu. Sein weitgefasster Ansatz richtet sich jedoch nicht unbedingt an ein Fachpublikum, sondern bietet eine gute Informationsgrundlage für eine breite Leserschaft. In diesem Kontext sind besonders die persönlichen Episoden hervorzuheben, die eine angenehme Narration ergeben und zum Erfahrbar-Machen des Alltäglichen beitragen, im Kontext dieser Rezension jedoch keine gesonderte Beachtung fanden. Ähnliches kann auch über die eingestreuten Interviewausschnitte der „Lütten Kleinern“ (19) gesagt werden. Wobei diese stets durch wissenschaftliche Einordnungen gerahmt sind. *Lütten Klein* macht einen interessanten Aufschlag in der Debatte, der sicherlich zur Verständigung über die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte und Alltagserfahrungen beiträgt. Abschließend bleibt lediglich zu hoffen, dass der Diagnose eines Tages auch etwaige Reparaturempfehlungen folgen werden.

Simon Clemens

Florian Schubert: Antisemitismus im Fußball. Tradition und Tabubruch. Göttingen: Wallstein Verlag 2019, 488 S., 39,90 Euro.

„Antisemitismus als Sammelbegriff beschreibt die Stigmatisierung von Menschen als Juden, die aufgrund dieser Zuschreibung mit einem negativen Merkmalsbündel belegt werden [...] Für das Konzeptualisierungsmuster ist der Bezug zu Stereotypen und Vorurteilen konstitutiv. Antisemitismus dient primär als Deutungsmuster für Juden als Andersartige, um diese zu ‚Sündenböcken‘ in der hermetisch abgeschlossenen antisemitischen Wirklichkeitskonstruktion zu machen. [...] Die Konzeption dichotomer Gruppen mit einhergehender Abwertung der Gruppe der Anderen als Gegner und gleichzeitiger Aufwertung und Höherstellung der eigenen Wir-Gruppe ist beim Fußball allgegenwärtig. Auf die gegnerische Gruppe werden dabei zuweilen die Stigmatisierungen und negativen Merkmalsbündel des Antisemitismus übertragen“, schreibt Florian Schubert im Anfangsteil seiner Studie, einer bei Werner Bergmann am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin entstandenen Dissertation.

Die wenig konzise, von Wiederholungen nicht freie Arbeit, der eine kräftige Strafung gutgetan hätte und die vor allem auf einer Reihe von Fan-Interviews, sogenannten „EXP“ und einer sehr umfangreichen Internetauswertung basiert (allein dieser Teil im Literaturverzeichnis umfasst 22 Seiten), kommt durchweg in einer umständlichen Pseudo-Wissenschaftssprache daher und leider viel zu selten auf die entscheidenden Punkte. Das Schlüsselwort „zuweilen“ aus dem oben zitierten Abschnitt lässt der Verfasser selbst im weiteren Verlauf seiner Argumentation bedauerlicherweise weitgehend weg. Da präsentiert er seinem Leser – pardon, bei ihm würde es durchweg „Leser_in“ heißen, wie es auch „Trainer_in“ oder „Journalist_in“ usw. heißt, was die Lesbarkeit des ohnehin komplizierten Textes weiter

einschränkt – eine durchweg düstere Fußballwelt, die keineswegs „zuweilen“, sondern fortwährend, permanent und immerzu von in den 1980er und 90er Jahren offenen, später und bis heute dann vermehrt subkutanen antisemitischen Aktionen geprägt und dominiert wird, keineswegs allein und vorrangig auf den unteren Fußballerebenen, sondern bis hoch hinauf in die Nationalmannschaft und den DFB. So schreibt er etwa: „In der Forschung herrscht heute Konsens darüber, dass die Fußballstadien von den 1980er bis Mitte der 1990er Jahre ein Hort des Neonazismus waren und dass ein offener Antisemitismus die Fußballkultur dieser Jahre maßgeblich prägte.“ Fußballstadien seien damals zu Orten „rassistischer Kundgebungen“ geworden (S. 71). Gesänge wie „Adolf, Adolf, der Freund aller Juden“ seien aufgekommen, es sei „Sieg Heil“ gerufen, der Hitlergruß gezeigt und der Schiedsrichter als „Jude“ oder „Judensau“ diffamiert worden. „Parallel dazu“, so Schubert, ohne allerdings Belege anzuführen, „traten antisemitische Vorfälle im Fußball immer häufiger auf.“

Ach, hätte der Verfasser doch hier und an vielen weiteren Stellen auf derlei Übersteigerungen verzichtet und stattdessen immer wieder ein „zuweilen“ eingefügt. Denn natürlich gab es in manchen Stadien solch tumb-törichte Entgleisungen, allerdings nicht in der Fülle und Nachhaltigkeit, wie uns der Verfasser glauben machen möchte, geschweige denn, dass man sie immer und uneingeschränkt als dezidiert antisemitische Akte definieren könnte. Im Olympiastadion von Berlin wurde in jenen Jahren übrigens nicht „Sieg Heil“, sondern ein martialisches „Sieg, Sieg, Sieg“ von den „Fröschen“ skandiert. Es wurde dort auch nicht „Deutschland erwache“, sondern – betrüblicherweise vielfach gänzlich erfolglos – „Hertha erwache!“ gerufen. Waren das schon bedenkliche Symptome verrohter, geschichtsferner und damit bedrohlich brauner, ja tiefbrauner Gesinnung? Schu-

bert würde das sicherlich bejahen und darauf verweisen, dass die mangelnde Sensibilität der Gesellschaft zusammen mit weitverbreiteten Verharmlosungs- und auch medialen Unterdrückungsmechanismen für den falschen Eindruck verantwortlich sind, dass es sich bei den von ihm zusammengetragenen antisemitischen Entgleisungen in den Stadien und auf dem Weg dorthin allenfalls um Einzelercheinungen und nicht um ein flächendeckendes Phänomen handelt.

Die Neigung zur Überdramatisierung finden wir auch bei Schuberts Hinweisen zum DFB, dem er Blindheit gegenüber antisemitischen Tendenzen unterstellt, etwa, weil während eines Länderspiels in Polen im September 1996 nicht energisch gegen das von deutschen Fans gezeigte Plakat „Schindler-Juden, wir grüßen Euch“ vorgegangen worden sei und auch sonst vom Verband antisemitische Vorfälle nicht energisch bekämpft, bisweilen von den Schiedsrichtern nicht einmal im Spielberichtsbogen vermerkt, geschweige denn mit Spielabbrüchen sanktioniert würden. Schubert überzieht in seinem Resümee hier einmal mehr: „Die eigene Welt der Nationalmannschaftsspiele hat diskriminierende Verhaltensweisen im Allgemeinen und antisemitische im Speziellen gefördert. Sie stellt einen Raum dar, in dem eine diskriminierende Harmonie darin besteht, dass nicht unbedingt alle aktiv an den diskriminierenden und antisemitischen Handlungen beteiligt sein müssen, aber durch den fehlenden Widerspruch sehr viele daran partizipieren können.“

Allerdings, und das ist durchaus ein Verdienst der Studie, macht sie aufmerksam auf die – *zuweilen*, also bei einigen wenigen, keineswegs bei allen Fans und Fangruppen oder einer Mehrheit von ihnen – ebenso bedenken- wie kenntnislose, damit gänzlich geschichtsferne Verwendung von antisemitischen „Pattern“ im Kampf der unterschiedlichen Fankulturen. Das U-Bahn-Lied („Eine U-Bahn bauen wir ... von Jerusalem nach Auschwitz“), dessen Herkunft bis heute unbekannt ist und das

von Fans auf dem Weg zum Stadion bislang straffrei gesungen werden kann, sollte nach der Lektüre dieser Studie tatsächlich verboten werden. Gegen den „jüdischen Kapitalistenclub“, die *Sportgemeinschaft Eintracht Frankfurt* posteten „gegnerische“ Fans aus Offenbach „Zyklon B für die SGE. Abschaum vernichten damals wie heute“. Spieler des FC Carl Zeiss Jena wurden als „Jena Juden“ (aber auch „Jena Luden“) titulierte, beim TuS Sachsenhausen wurde Babelsberg 03 mit einem Transparent empfangen „Gas geben Sachsenhausen“, in Leipzig werden die Fans vom BSG Chemie Leipzig vom Lokalrivalen mit „Ultras Chemie: Zigeuner, Juden, Kanaken“ begrüßt, der FC Babelsberg wird mit „Babelsberg 03 – Arbeit macht frei“ empfangen – überhaupt scheint in den unteren Ligen in der ehemaligen DDR die Verwendung solch stigmatisierender Etikettierungen virulenter als im Westen zu sein.

Bis heute, so Schubert, würden in Internet-Foren der Fans antisemitische Einstellungen recht offen präsentiert, während sie aus dem sichtbaren Stadionumfeld etwas verdrängt würden. Den Versuch von Neonazis, über den populären Fußball Zugang zu großen Massen zu bekommen, hält er für nicht sonderlich erfolgreich, fürchtet allerdings unter dem wachsenden Einfluss der AfD eine Revitalisierung antisemitischer Vorurteile und Stigmatisierungen – „durch die aktuellen Wahlerfolge der AfD könnten sich Antisemit_innen in ihrer Einstellung gestärkt fühlen, was wiederum zu einem Ansteigen antisemitischer Vorfälle bei Spielern von Makkabi oder israelischen Vereinen führen kann“.

Dass die Makkabi-Sportvereine in Deutschland sich tatsächlich aufgrund der Migrationsbewegung zunehmend aggressiver antisemitischer Verbalattacken vor allem von Muslimen gegenübersehen, blendet Schubert dagegen weitgehend aus. Insgesamt überzeichnet er in seiner Studie die Problematik ganz erheblich. Nicht umsonst fehlt jeder Versuch einer Quantifizierung der behandelten Vorfälle. Ihre

Zahl bleibt überschaubar – mehrfach werden von ihm deshalb ja auch identische Beispiele angeführt. Antisemitismus bzw. die antisemitischen Anwürfe und Entgleisungen in der Fan-Szene sind im deutschen Fußball glücklicherweise bislang eine Randerscheinung. Zugleich fehlt dem Autor der Blick für die „positiven“ Signale und Zeichen, die vor allem in verstärkter Aufklärung und Schulung der Fanbetreuer und über diese auch der Fans liegen kann und muss. Hertha BSC mit seiner jährlichen Fahrt nach Auschwitz sämtlicher 200 Fußball-Internatsschüler und seinen Fan-Projekten wie der Erforschung des Schicksals des jüdischen Mannschaftsarztes Dr. Hermann Horwitz, der deportiert und vergast worden ist (wofür der Verein und die Fans vom DFB mit dem Julius-Hirsch-Preis ausgezeichnet wurden), sind seiner Aufmerksamkeit beispielsweise gänzlich entgangen. Das ist bedauerlich, denn so bleibt eine vertiefende und zugleich abgewogene Auseinandersetzung mit dem Thema weiterhin ein Desiderat zeitgeschichtlicher Forschung. Die vorliegende Arbeit kann allenfalls als Vorstudie dienen.

Daniel Koerfer